Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 12. Oktober 1927 — Nummer 239

SPD-Manöver um Hamburg

Der gewaltige Erfolg der Kommunisten in Hamburg, die Linksschwenkung der arbeitenden Massen, der Zerfall der Bürgerblockparteien, hat die Bourgeois gewaltig erschreckt. Die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland glaubte sich fest im Sattel, sie rechnete mit einer Vernichtung der KPD. Dieser selben Hoffnung gab sich die SPD ebenfalls hin. Sie stellte dauernd die Behauptung auf, daß die KPD zerfalle, daß sie nur bestehen könne, wenn große Erwerbslosigkeit vorherrsche. Jetzt muß die SPD einsehen, daß sie mit diesen Mätzchen gegen die KPD nicht weiterkommen wird. Die Massen wenden sich ab von den Hindenburgparteien. Der komm. Einfluß wächst. Die Dr. Nachr. zeigen gestern, daß ihre Hoffnungen auf den Sieg der SPD über die KPD verschwunden sind; sie schreiben: „Hatte man nach Hamburger Berichten mit starken sozialdemokratischen Erfolgen auf Kosten der Kommunisten gerechnet, so war das... ein Trugschluß... **Die rote Flut ist über Hamburg bereits hereingebrochen.**" Die Leipziger Neuesten Nachrichten schrieben, daß diese Wahlen ein Vorzeichen für kommende Entscheidungen seien. Unter dem Eindruck dieser Wahlen zählen die L. N. N. alle roten Zentren auf: Braunschweig, Thüringen, Bremen usw. Sie erklären, dort zeige sich eine Entwicklung, die von den Bourgeois nicht begriffen worden sei, die sie nicht begreifen könne. Wir glauben den L. N. N. das ohne weiteres. Sie haben geglaubt, jetzt sei eine Rechtsentwicklung im vollen Gange. Wie hatte man gegen die Kommunisten gehetzt! „Man muß die Hydra ausbrennen!" war die Parole. Man hat sich reichliche Mühe gegeben. Tausende revolutionärer Proletarier bevölkern die Gefängnisse und Zuchthäuser. Niedner wollte noch eine besondere Mine legen. Aber die kommunistische Bewegung wächst. Hamburg und Königsberg sind Zeichen unseres Vormarsches.

Eine besondere Taktik schlägt nach dem Wahlausgang die SPD ein. In ihren „linken" Zeitungen schreibt sie, daß die KPD sich jetzt entscheiden müsse, ob sie eine Ausnutzung der Mehrheit wolle. Die „Linken" leiten das Manöver zum Uebergang der SPD zur Koalition in Hamburg ein. **Die SPD will keine Ausnutzung der Mehrheit der KPD- und SPD-Stimmen.** Das ist klar ersichtlich aus dem Kommentar des Vorwärts, der schreibt:

„Die rote Flut steigt... Im gewaltigen Wachstum der Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten aber liegt ein stürmischer Protest gegen die Bürgerblockpolitik, eine Kampfansage, die den Parteien des Bürgerblocks zu denken geben muß. Der Anteil beider Parteien an der Zahl der abgegebenen Stimmen stieg von 45,9 über 46,4 auf 55 Prozent. Alle bürgerlichen Parteien haben bei den letzten Wahlen absolut und relativ verloren.... Die Flitterwochen des Bürgerblocks sind vorbei und der Katzenjammer kommt nach. Aber Hamburg ist erst ein Vorspiel. Eine drohende Wolke hängt am Bürgerblockhimmel: Wahljahr 1928!"

Der Vorwärts will nichts anderes, als eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Bürgerblock. Dann aber, die SPD-Führer, schlagen wieder radikalere Töne an. Sie markieren Freundschaft mit der KPD, sie vollführen neue Täuschungsmanöver gegen die Arbeiter. Vor den Wahlen hieß es, die KPD muß vernichtet werden. Jetzt, wo die rote Flut steigt, färbt man sich wieder rot. Die SPD will vor den Arbeitern ihren wahren Charakter verhüllen. Gestern schreibt die Dresdner Volkszeitung:

„Leider aber wird sich die starke sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit (90 Mandate von 160) nicht voll auswerten lassen. Die Kommunisten denken gar nicht daran, verantwortlich im Interesse der Arbeiterschaft mitzuarbeiten. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ihnen alles. Das läßt die kommunistische Volkszeitung am Montag in ihrer Stellungnahme zu dem Wahlergebnis deutlich erkennen. Sie weiß nichts Besseres, als gleich 10 Forderungen aufzustellen, die in den Betrieben erörtert werden sollen. Eine Wandlung der Hamburger kommunistischen Partei ist jedenfalls sehr unwahrscheinlich. Es dürfte deshalb — wie das Hamburger Echo feststellt — voraussichtlich zwar bei der bisherigen Regierungskoalition bleiben."

Weiter erklärt die Volkszeitung, daß die KPD in einem Leitartikel nicht zu der „Einheitsfront mit der SPD zur Hamburger Regierung" Stellung genommen. Der Zweck dieser Uebung ist klar. Die SPD will mit den Bürgerlichen gehen, möchte aber die Schuld der KPD zuschieben. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die KPD hat in der Montagausgabe der Volkszeitung von Hamburg keine 10 Forderungen aufgestellt. Die KPD hat sich unzweideutig ausgesprochen, daß an ihr die Bildung eines sozialdemokratischen Senats nicht scheitern wird. Die KPD erklärt in der Montagausgabe ihrer Hamburger Zeitung, daß sie arbeiten wird für:

1. Schaffung der einheitlichen Front aller Proletarier für alle wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen; für die Ausnutzung der Mehrheit von KPD und SPD mit Hilfe der Gewerkschaften in den Betrieben, auf der Straße und im Parlament. Hamburg muß rot sein.
2. Kampf gegen den Bürgerblock und die Koalitionsregierungen in den Einzelländern, gegen Reaktion, Klassenjustiz und Faschismus.
3. Aufklärung der Massen über die Bedeutung des zehnjährigen Bestehens der den Sozialismus aufbauenden Sowjetunion. Krieg dem Kriege.
4. Vorbereitung (schon jetzt!) der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen, sowie der Reichstagswahlen von 1928.
5. Werbung für die KPD und die Hamburger Volkszeitung."

Im übrigen hat die KPD schon am 14. September geschrieben:

„Die nächsten Forderungen, für deren Durchsetzung die Kommunistische Partei die breiten Massen mobilisiert, sind: **Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes Unterelbe, Erhöhung der Löhne für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Achtstundentag und 45-Stunden-Woche, gegen Teuerung, Zoll-, Steuer- und Mietwucher, Durchführung eines proletarischen Bauprogramms für Wohnungen, Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen, der Inflationsopfer und Sozialrentner, Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts, Reinigung der Polizei von allen arbeiterfeindlichen, reaktionären, faschistischen Elementen, Weltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens, Kampf gegen Klassenjustiz und monarchistische Reaktion!** Die Kommunistische Partei wird den Kampf für diese Forderungen unter Aufbietung all ihrer Kräfte führen."

Diese Forderungen hat die KPD als Kampfforderungen für die Arbeiterschaft aufgestellt. Nicht aber als Hochzeitsforderungen für ein Zusammengehen mit der SPD. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, ob diese Forderungen im Interesse des Proletariats gelegen sind. Wir sagen: es sind Aufgaben, die gegen Reaktion und Bürgerblock durchgeführt werden müssen.

Wenn die SPD jetzt gegen diese, von der KPD in Angriff genommenen Aufgaben ankämpft, dann zeigt sie nur, daß sie keinen Kampf gegen den Bürgerblock, keine Ausnutzung der Mehrheit der KPD- und SPD-Stimmen will.

Der Bock als Gärtner

22 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete noch Mitglieder der Kirche!

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Rote Fahne nimmt zu dem Scheinkampf der SPD gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf Stellung und bringt aus dem Handbuch des Reichstages eine Statistik über die kirchliche Zugehörigkeit der SPD-Abgeordneten zur Veröffentlichung.

22 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete waren noch Mitglied der Kirche. Der Abgeordnete Schreck, Bielefeld, gehört noch der katholischen Kirche an, und er ist als Redner gegen den Reichsschulgesetzentwurf von der Fraktion bestimmt.

Von der preußischen Landtagsfraktion waren noch 27 in der Kirche, darunter Minister Grzesinski. 33 Abgeordnete des Land- und Reichstages haben ihre Religionsgemeinschaft nicht angegeben. Es besteht die Möglichkeit, daß auch noch unter ihnen Mitglieder der Kirche sind. Ein katholischer Sozialdemokrat als Redner gegen den Reichsschulgesetzentwurf — eine nette Illustration dafür, wie „ernst" der „Kampf der SPD gegen die Kirchenreaktion" zu nehmen ist.

Die Tagung der Burgfriedenspolitiker

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittag begann im Festsaal des Reichsarbeitsministeriums die Tagung des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes des Völkerbundes. Zum Empfang waren erschienen die deutschen Arbeitgeberverbände, die Begrüßung hatte Ernst von Borsig. Hermann Müller erschien als Gast. Er sprach auch hier wieder von dem internationalen Burgfrieden zwischen Arbeiter und Kapitalisten.

Opposition gegen Poincaré

Paris, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bewegung gegen die Poincaré-Regierung wegen ihrer Hetze und des provozierenden Bruches mit Sowjetrußland wird immer stärker. Es erfolgte die Gründung eines Vereins der französischen Kleinrentner, die als Besitzer russischer Anleihen an der Stellung der Regierung interessiert sind. Sie protestieren energisch gegen das Verhalten der Regierung.

Der Vorwärts unterstützt gestern in einem Artikel die Hetze der Rechtspresse, die davon spricht, daß man die Politik der französischen Regierung benutzt, um die Massen aufzuputschen.

Der Vormarsch der Kommunisten

Die Wahlen in Hamburg und Königsberg haben die Ergebnisse der Wahlen in Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek bestätigt und bekräftigt. Es zeigt sich eine breite Linksentwicklung in der Arbeiterschaft und in den Teilen des Kleinbürgertums, die der SPD und vor allem der Kommunistischen Partei zugute kommt. Die Aufwärtsentwicklung der Kommunistischen Partei wird besonders klar, wenn man neben den Ergebnissen von 1924 spätere Wahlergebnisse (Präsidentschaftswahl, Provinzialwahlen usw.) mit den jetzigen Wahlergebnissen vergleicht. In Hamburg war die Zahl der kommunistischen Stimmen beim ersten Präsidentschaftswahlgang auf 64 000 gesunken. Verglichen mit diesen Wahlen beträgt der kommunistische Zuwachs 73 Prozent. Aehnlich liegt es in Königsberg. Dort erhielt die KPD bei den Präsidentschaftswahlen im März 1925 und bei den Provinzialwahlen im November 1925 15 000 Stimmen, während die SPD, wie schon bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924, über 27 000 Stimmen bekam. Auch hier beträgt die Zunahme der kommunistischen Stimmen über 70 Prozent, während die SPD sogar an Stimmen verlor. In Hamburg sowohl wie in Königsberg ist **die Höchstzahl der Stimmen, die die KPD in diesen Städten nach dem revolutionären Aufschwung des Jahres 1923 erreichte, übertroffen worden.** Diese Wahlen haben auch deshalb besondere Bedeutung, weil sie die erste Probe nach dem Tannenberg-Rummel und den mit Hilfe des gesamten Staatsapparates inszenierten Hindenburg-Rummels sind. In Königsberg haben die Deutschnationalen weit über die Hälfte ihrer Stimmen, 16 000 von 28 700, verloren, ganz abgesehen von dem katastrophalen Rückgang der Deutschvölkischen.

Was zeigen diese Wahlen? Sie bestätigen erstens unsere Ansicht von der Linksentwicklung in der Arbeiterschaft gerade in der Zeit der relativen Stabilisierung. Sie zeigen zweitens die wachsende Unzufriedenheit und Gärung in den breiten kleinbäuerlichen Schichten mit der Diktatur des Finanzkapitals, deren Exponent die Bürgerblockregierung ist. Man darf nicht vergessen, daß die Abkehr kleinbürgerlicher Schichten von den alten bürgerlichen Parteien zu neuen bürgerlichen Splitterparteien, wie Mittelstands- und Aufwertungspartei, ein Ausdruck für diese Unzufriedenheit und Gärung ist. Denn in großen Teilen des Reiches ist den unzufriedenen Kleinbürgerschichten die wirkliche Rolle dieser Parteien noch nicht zum Bewußtsein gekommen.

Von der Abkehr dieser Kleinbürgerschichten von den bürgerlichen Parteien profitiert in erster Linie die SPD. Sie absorbiert die Reste der Mieterparteien, zu ihr stoßen Angestellte, Beamte, kleine Handwerker usw. Ein großer Teil dieser proletarischen und halbproletarischen Elemente bleibt in ihrer Linksentwicklung zunächst bei der SPD hängen. Aufs tiefste unzufrieden, fürchten sie noch die revolutionäre Entscheidung.

Anders ist es in der Arbeiterschaft. Unsere stetig wachsenden Erfolge in den Gewerkschaften, die auch durch die infamsten Methoden der Bureaukratie nicht unterdrückt werden können, unsere immer stärkere Einflußnahme auf die wirtschaftlichen Kämpfe, die große Mobilisation der Arbeitermassen am 4. August gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die Klassenjustiz bei der Ermordung Saccos und Vanzettis, diese Erfolge unserer allgemeinen Arbeit und politischen Tätigkeit wurden durch die Wahlen in Hamburg und Königsberg bekräftigt.

Diese Erfolge unserer Partei sind eine Bestätigung der Richtigkeit der Politik unserer Partei in der Praxis. Ruth Fischer und Maslow haben in den Jahren 1924 und 1925 den Rückgang des Einflusses unserer Partei zu entschuldigen versucht mit der Festigung der kapitalistischen Wirtschaft. Nun, wir leben jetzt in einer Konjunktur, die in ihren Ausmaßen und in ihrer Dauer die erste Rationalisierungskonjunktur von 1924/25 bei weitem übertrifft. Die Erwerbslosigkeit ist noch immer im Rückgang begriffen. Die sozialdemokratische und auch ultralinke These, daß die KPD nur wachsen könne in einer Zeit der Krise und des sichtbaren kapitalistischen Zerfalls, wird durch die Erfolge bei diesen Wahlen gründlich widerlegt. Freilich: diese Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne die Verstärkung unserer Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, ohne die Verbindung unserer Arbeit für die revolutionäre mit unserer Arbeit für die jetzt akuten Interessen der werktätigen Massen. Die Bourgeoisie, der das Wahlergebnis von Hamburg und Königsberg arg in die Knochen gefahren ist, beginnt die Verstärkung unserer Schlagkraft einzusehen. So schreibt das Berliner Tageblatt:

„Hier ist vor allem der große Erfolg der Kommunisten anzuführen, die ihren Bestand von rund 75 000 auf 110 000 Stimmen emporschnellten. Diese Zunahme der kommunistischen Ziffern, die sich bereits bei den am 25. Juli in den preußischen Unterelbegemeinden veranstalteten Stadtverordnetenwahlen ankündigte, resultiert zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der äußerst geschickten Kleinarbeit, mit der die Kommunisten, namentlich seit der inneren Reorganisation ihrer Partei, im letzten Jahre in der Hamburger Bürgerschaft durch eine systematische Häufung sachlich formulierter Anträge auf die breiten Volksmassen zu wirken wußten."

Noch bis in die letzte Zeit schrieb die bürgerliche Presse vom Zerfall der KPD. Noch in den allerletzten Tagen glaubte der Vorwärts auf Grund des Uebertritts einiger korrumpierter Elemente in Altona, die aus der Partei ausgeschlossen werden sollten, in die SPD seinen Lesern die Zerbröckelung unserer Partei einreden zu können. Die Sprache der Tatsachen ist eine andere. Das Renegatengeschrei der Maslow und Konsorten mag wohl den Sozialimperialisten eine willkommene Unterstützung gewesen sein in ihrem Kampfe gegen die einzige revolutionäre Arbeiterpartei; aber sie haben die Partei nicht schwächen können, die Partei zerbröckelte nicht, ihre Geschlossenheit und Festigkeit widerstand ihren Angriffen, und sie ist gewachsen, nach innen wie nach außen.

Es wäre falsch in der Freude über die Wahlergebnisse von Hamburg und Königsberg nicht die Schattenseiten zu

sehen. Wir haben zwar Arbeiterschichten von der SPD losgerissen, aber es gelang uns noch nicht, den Einfluß der SPD auf breite Arbeitermassen entscheidend zu treffen. Noch immer gibt es in Hamburg eine Mehrheit von Arbeiterwählern, die der SPD ihre Stimme geben. Das geschieht in einem Stadtstaat, wo seit November 1918 die Sozialdemokratische Partei eine besonders verräterische, arbeiterfeindliche Politik durchgeführt hat. Das geschieht, trotzdem die Hamburger SPD seit Jahren zusammen mit den Demokraten und den Volksparteilern großkapitalistische Politik macht, trotzdem die Hamburger SPD den Wahlkampf mit der größten Brutalität, mit Belagerungszustand und Polizeischikanen, mit den niedrigsten Verleumdungen und zynischen Provokationen gegen die Kommunistische Partei und für die Große Koalition führte.

Welche Lehre haben wir daraus zu ziehen? Wir müssen unseren Kampf gegen die SPD, die mit Scheinopposition gegen die Bürgerblockregierung die Arbeiter zu blenden versucht, steigern mit den Mitteln, die überzeugend wirken. **Wir müssen** präzise gesagt, **unsere Einheitsfronttaktik noch konsequenter und systematischer durchführen, wir müssen noch näher heran an die Massen.**

In Hamburg selbst ergibt sich eine günstige Situation. 89 kommunistische und sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglieder stehen 71 Bürgerschaftsmitgliedern aller anderen Parteien gegenüber. **Wir Kommunisten sind für eine Arbeiterpolitik in der Hamburger Bürgerschaft bereit und entschlossen.** Wir haben schon im Wahlkampf unsere Mindestforderungen aufgestellt. Wir sind entschlossen, für diese Forderungen, die den nötigsten Tagesinteressen der Arbeiter entsprechen, dieselben erst recht nach den Wahlen mit allen Kräften zu mobilisieren. Wir werden diese Forderungen auch zur **Grundlage unserer Arbeit** in der Bürgerschaft machen. Es liegt an der SPD-Führung, sich zu entscheiden. Wir erklären jetzt wieder, wie schon vor den Wahlen, daß wir auf Grund dieser Forderungen die Zustimmung zur Wahl eines sozialdemokratischen Senats geben werden. Ein solcher Senat soll durch seine Handlungen vor der breiten Arbeiterschaft beweisen, ob er bereit ist, die einfachsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, oder ob er nach dem Beispiel der bisherigen Politik der SPD-Führer sich offen gegen die Arbeiter wendet. Die KPD würde ihre Stellung zu einem sozialdemokratischen Minderheitssenat also lediglich von dem praktischen Verhalten des Senats zu den Arbeiterforderungen abhängig machen. Gegenüber dieser klaren Stellungnahme unserer Hamburger Organisation schreibt das Hamburger Echo, daß eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht in Frage komme, daß die Große Koalition bestehen bleibe.

Diese Stellungnahme der Hamburger Sozialdemokraten wird für unsere Hamburger Genossen das Signal dafür sein, daß unsere Arbeit der Mobilisierung der Massen mit dem Abschluß der Wahlen nicht zu Ende ist, sondern daß sie jetzt verstärkt fortgesetzt werden muß. **Wir werden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs wenden und sie fragen, welche Politik sie wollen: eine kapitalistische Politik oder eine Politik im Interesse der Arbeiter.**

Und wir werden nicht locker lassen. Unsere neue Bürgerschaftsfraktion und unsere gesamte Organisation in Hamburg werden begreifen, welch hohe Verantwortung sie vor der gesamten Partei und vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft haben. Daß die Hamburger sozialdemokratischen Führer ihre Arbeiter verraten und verkaufen werden, daran ist kein Zweifel. Aber wir werden keinen Schritt tun, um ihnen diesen Verrat zu erleichtern. **Wir werden so handeln müssen, daß dieser Verrat der sozialdemokratischen Führer der Kommunistischen Partei das Monopol der Führung der Hamburger Arbeiterschaft verschafft.**

*

Die Wahlen in den Stadtgebieten um Hamburg, in Hamburg selbst und in Königsberg müssen **für die gesamte Parteiorganisation ein Ansporn zu erhöhter Aktivität sein.** Sie bestätigen sowohl die Richtigkeit unserer Politik als die Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterschaft. **Wir sind stärker, als viele Genossen annehmen.**

Dieses erhöhte Kraftbewußtsein muß unsere Vorbereitung des zehnten Jahrestages des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland, unsere Mobilisierung der Arbeit gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion verstärken. Wir müssen kraftvoller und erfolgbewußter herangehen an die Aufrüttelung der Massen für Kämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, kräftiger vorwärts auf dem Wege zur Eroberung der Gewerkschaften. Unser gesamter Kampf gegen die Bürgerblockregierung und ihre reaktionären Maßnahmen auf allen Gebieten muß gesteigert werden.

Wir müssen auch mit unseren Forderungen und unserer Tätigkeit herankommen an die unzufriedenen, kleinbürgerlich eingestellten oder kleinbürgerlichen Schichten.

Millionen von Arbeitern, das zeigen die Wahlen, werden in unseren Umkreis neu hineingezogen. Das muß sich auswirken in unserer Organisation, im Fortschreiten unserer Presse. Wir stehen mitten in einer Werbekampagne. Die Hamburger und Königsberger Wahlen zeigen, daß neue Arbeiterschichten, neue aktive Kämpfer gewonnen werden können. Unser Vormarsch bei diesen Wahlen muß unsere Werbekraft vervielfältigen.

Andere Wahlen stehen bevor: in Hessen, Braunschweig, Bremen, Kiel. Diese Wahlen müssen neue Erfolge bringen, noch größere Erfolge.

Diese Wahlen sind für die deutsche Bourgeoisie eine Drohung und eine Warnung für die SPD. Sie werden darauf antworten mit einer Verschärfung des Kampfes gegen die Arbeiterschaft und gegen ihre Führerin, die KPD. Für uns sind sie ein Ansporn, aktiver zu werden, entschlossener, unsere Schwächen und Mängel zu überwinden, entschlossener auch die innere Front zu vereinheitlichen und zu verstärken.

Todessturz eines Sportfliegers

Berlin, 11. Okt. (TU.) Auf dem Flugplatz Rechlin am Müritzsee ereignete sich heute mittag ein bedauernswerter Flugunfall. Die „Arado-Flugzeugwerft" hatte mit einem Sportflugzeug hier bereits seit einigen Wochen Flüge veranstaltet. Bei einem in niedriger Höhe vorgenommenen Kunstflug stürzte das Flugzeug ab und geriet bei dem Aufschlag in Brand, wobei der Flugzeugführer Dr. ing. Bienen den Tod fand.

40 Typhusfälle in Oberschlesien

Rybnik, 11. Okt. (TU.) In Emmagrube, Kreis Rybnik, sind in 40 Fällen Typhuserkrankungen festgestellt worden. Seitens des Kreisarztes sind alle Maßnahmen getroffen, um ein Ueberhandnehmen der Epidemie zu verhindern.

Ihre vier Kinder ertränkt

Basel, 11. Okt. (TU.) In Saarburg im Elsaß ertränkte die Frau des Briefträgers Josef Blaise, als sich ihr Mann zur Arbeit begeben hatte, in einem Anfall von Geistesgestörtheit nacheinander ihre vier Kinder in einem Waschfaß, das sie in der Küche aufgestellt hatte. Nachher legte sie die Kinder auf das Bett und lief zum Polizeikommissar und zeigte die Tat an. Sie erklärte, jetzt sind vier Engel mehr im Himmel. Die Aerzte, die sofort herbeigerufen wurden, bemühten sich vergebens, die Kinder ins Leben zurückzurufen. Der Vater ist vollständig verzweifelt.

Ein Schrankenwärter vom Zuge überfahren

Halle, 11. Okt. (TU.) Auf der Bahnstrecke Halle–Kassel wurde heute früh infolge des dichten Nebels ein in der Nähe von Wollersleben wohnender Schrankenwärter von dem Kasseler Zug überfahren und auf der S[illegible]

Gegen die Unternehmerjustiz

Der Chemnitzer Zimmererstreik geht weiter

In der am Montag abend stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zimmererverbandes, Zahlstelle Chemnitz, wurde Stellung genommen zu der durch die einstweilige, gestern von uns mitgeteilten Verfügung des Landesarbeitsgerichtes. In der Versammlung, die teilweise einen äußerst stürmischen Verlauf nahm, erstattete der Vorsitzende des Zimmererverbandes in Chemnitz, Gen. Mally, Bericht über die bisher stattgefundenen Verhandlungen und verlas ein Schreiben des Zentralvorstandes, aus dem hervor ging, daß die Unternehmer die sofortige Einstellung des Streikes verlangen. Gen. Mally erklärte, daß der Zahlstellenvorstand gezwungen sei, auf Grund der einstweiligen Verfügung die Streikenden zur Arbeitsaufnahme aufzufordern, die Streikleitung aufzulösen usw. und warnte gleichzeitig davor, daß ein gewerkschaftlicher Pessimismus einzöge.

In der Diskussion forderte ein Redner nach dem anderen die Weiterführung des Streikes. Alle brandmarkten sie die schändliche Tätigkeit der Arbeitsgerichte, die sich als dieselben reaktionären Institutionen erwiesen haben, als die anderen Gerichte. „Mag es kommen, wie es will, wir müssen durchhalten, müssen siegen", so meinte ein alter Arbeiter. Nach dem Gen. Mally als Vorsitzender die Versammlung offiziell geschlossen und für den Vorstand die Erklärung abgegeben hatte, daß der Vorstand mit dem Streik nichts mehr zu tun habe, beschlossen die streikenden Zimmerer auf Vorschlag eines Kollegen die Versammlung weiter zu führen und beauftragten einige Kollegen mit der Leitung der Versammlung, die dann nach kurzer Diskussion beschloß, den Streik unter allen Umständen weiter zu führen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme.

Entschließung!

„Die heute am 10. Oktober tagende, überaus zahlreich besuchte Versammlung der Chemnitzer Zimmerer protestiert aufs schärfste gegen die unerhörte Verfügung des Landesarbeitsgerichts am 10. Oktober in Chemnitz. Dieses Urteil ist ein Raub des Streikrechts und ist ein neues Glied an der Kette der schamlosen Urteile der reaktionären Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse. Das Urteil kennzeichnet das Landesarbeitsgericht als eine Institution des Bürgerblocks, der Hindenburg-Regierung für die Interessenvertretung der Kapitalisten und zur Unterdrückung der Arbeiterschaft.

Die Versammlung beschließt als Antwort auf den Raub des Streikrechtes durch das Landesarbeitsgericht die Verschärfung des Streikes und verpflichtet sich, im Kampfe solange auszuhalten, bis die Lohnforderungen der Streikenden erfüllt sind. Die Versammlung stellt als neue Forderung an die Unternehmer die Zurückziehung der Schadenersatzklagen. Die Chemnitzer Zimmerer werden den Kleinkrieg gegen die Unternehmer auch nach Erfüllung der Lohnforderungen solange fortsetzen, bis die Unternehmer auf ihre Schadenersatzansprüche verzichten. Eine restlos organisierte Zimmererschaft läßt mit sich nicht Schindluder treiben.

Die versammelten Zimmerer erwarten von der gesamten Arbeiterschaft größte Solidarität und fordern die Arbeiterschaft auf, den Kampf gegen die Arbeitsgerichte auf breitester Grundlage aufzunehmen."

*

Gegen den Raub des Streikrechts

Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion zum Chemnitzer Zimmererstreik

Seit Mitte September stehen die Zimmerer im Bezirke Chemnitz im Kampfe um die Erhaltung ihrer Existenz und Verbesserung der Löhne. Die Klassenjustiz hat jetzt in diesen Kampf der Zimmerer, ähnlich wie in den früheren Kämpfen der Textilarbeiter in Leipzig, eingegriffen. Das Landesarbeitsgericht erließ am 8. Oktober folgende einstweilige Verfügung:

„Auf Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluß des Arbeitsgerichtes Chemnitz vom 27. September 1927 wird unter Aufhebung dieses Beschlusses kraft einstweiliger Verfügung angeordnet:

Dem Antragsgegner wird unter Androhung von Geldstrafe oder Haftstrafe in der gesetzlich zulässigen Höhe für jeden Fall der Zuwiderhandlung und für die Dauer des zwischen den Parteien geltenden Reichsmantaltarifs für das Baugewerbe vom 30. März 1927 und des Lohn- und Arbeitstarifes vom 14. Juli 1927

a) aufgegeben: 1. den seit dem 15. September 1927 ausgebrochenen und unter seiner Leitung stehenden Streik seiner Verbandsmitglieder wieder aufzuheben; 2. die bestehende Streikleitung aufzulösen und der Bildung einer etwaigen neuen aus den Kreisen der Verbandsmitglieder mit allen geeigneten Mitteln entgegenzuwirken;

b) verboten: 1. neue Streiks, Teilstreiks oder irgendwelche anderen Kampfmaßnahmen zu beschließen, zu eröffnen oder dabei mitzuwirken, durch welche die Erlangung höherer Löhne erzielt werden soll, als sie im Lohn- und Arbeitstarif für das Vertragsgebiet Westsachsen vom 14. Juli 1927 geregelt worden sind; 2. die dem genannten Tarifvertrage unterworfenen Arbeitnehmer in irgendwelcher Form zu unterstützen, falls sie entgegen den Bestimmungen des genannten Tarifvertrags Kampfmaßnahmen irgendwelcher Art zur Erzielung höherer Löhne fortführen oder neu eröffnen.

Die Kosten des Verfahrens hat der Antragsgegner zu tragen."

Mit dieser Verfügung erweist sich das Landesarbeitsgericht als ein willfähriges Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller. Die Arbeitsgerichte zeigen durch ihre Spruchpraxis, daß sie die Klassenjustiz in sozialpolitischer Hinsicht und auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes in Reinkultur verkörpern.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:
Die Regierung zu beauftragen:

1. das Justizministerium zu ersuchen, diesen Beschluß sofort aufzuheben;
2. alles zu unterlassen, was die Arbeiter und Angestellten in der Ausübung der Koalitionsfreiheit behindert;
3. die Richter, die diesen Beschluß herbeigeführt haben, wegen gröblicher Rechtsbeugung zur Verantwortung zu ziehen.

Dresden, am 11. Oktober 1927.

Böttcher
und die übrigen Mitglieder der kommunist. Landtagsfraktion.

Teilerfolg der Hochbahner

Abbruch des Hochbahnerstreiks in Berlin.

TU. Berlin, 11. Oktober.

Die Arbeit bei der Berliner Hochbahn wird am morgigen Mittwoch in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, nachdem die Verhandlungen vor dem Schlichter der Stadt Berlin nach sechsstündiger Dauer kurz nach 20 Uhr zu einem Vergleich geführt haben.

Der Hochbahnerstreik ist zu Ende. Der Schlichter Wissel hatte für Dienstag unter dem Druck der Bürgerblockregierung die streitenden Parteien nach Abbruch des Streiks sofort zu einer Aussprache eingeladen. Es kam eine Vereinbarung zustande, die gegenüber dem Schiedsspruch vom Sonnabend einige Verbesserungen aufweist. Die Arbeitszeit ist auf monatlich 208 Stunden festgelegt, gegenüber 230. Es kann aber bis zu 230 Stunden gearbeitet werden. Für die Arbeitszeit von 209 bis zu 230 Stunden werden ab 1. Juli 20 Prozent Zuschlag gezahlt, bisher erfolgte dieser Zuschlag von 220 Stunden ab. In Kranken- und Urlaubsfragen sind einige geringe Verbesserungen eingetreten.

Insgesamt stellt diese Vereinbarung einen Teilerfolg dar. Die Streikleitung hat deshalb zugesagt, weil die Verbände schon am Montag erklärten, daß sie erst nach Ablauf der Frist am Dienstag 16 Uhr, den Bruch erklären, und wenn nicht abgebrochen würde, sie dann die Verantwortung nicht übernehmen. Außerdem können sie gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht kämpfen. Der Schlichter Wissel hat den Vertretern erklärt, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt ist.

Die deutsche Arbeiterschaft muß auf den Hochbahnerstreik erneut auf der ganzen Front einen Kampf gegen die Erdrosselung des Streikrechts durch die Schlichter und die Organe der Klassenjustiz führen.

Transportarbeiterstreik im Amsterdamer Hafen

TU. Amsterdam, 11. Oktober.

Die Anwendung eines Tarifes, der den Vorschriften der Schiffahrtsvereinigung widerspricht, führte im Amsterdamer Hafen zu einem Streik der Transportarbeiter. Heute morgen streikten 100 Mann.

Stadtverordneten-Fraktion Dresden
Morgen, Donnerstag nachmittag 16.30 Uhr Fraktionssitzung.

Genosse Heinz Pütz gestorben

Uns erreicht die Nachricht, daß am Montag den 10. Oktober unser Genosse Heinz Pütz nach langer, schwerer Krankheit aus dem Leben geschieden ist.

Mit dem Genossen Heinz Pütz verliert die Kommunistische Jugendbewegung einen ihrer fähigsten führenden Genossen. Das Leben des Genossen Pütz war auf das engste mit der Geschichte unseres Verbandes verbunden. Er wurde am 3. August 1898 in Köln a. Rh. geboren, wo er seine Jugendzeit verlebte und schon frühzeitig in die Arbeiterjugendbewegung eintrat.

Als im Jahre 1916 von der Jenaer Jugendkonferenz der Ruf Karl Liebknechts zur Sammlung der oppositionellen Jugendgenossen ausging, war der damals Achtzehnjährige einer der ersten, der sich zur Opposition durchrang. Im Winter 1917 wurde er eingezogen und an die rumänische Front gesandt. Die Strapazen und das Klima dieses Feldzuges legten in ihm den Grund zu der Krankheit, die ihn jetzt dahinraffte, der Gelbsucht. Nach seiner Heilung wurde er zum westlichen Kriegsschauplatz abkommandiert. Von dort desertierte er und hielt sich als Deserteur in Hagen verborgen, bis die Revolution ausbrach. In den Revolutionstagen 1918 gehörte er — der damals auch bereits Mitglied des Spartakusbundes war — dem Arbeiter- und Soldatenrat von Köln a. Rh. an.

Noch im Jahre 1918 siedelte er nach Barmen über, um sich einer Arbeit zu widmen, für die er auch später noch mehrmals der verantwortliche Leiter sein sollte: der antimilitaristischen Arbeit unter den Besatzungstruppen. Doch nur kurze Zeit konnte er auf diesem Posten bleiben; noch im Jahre 1919 wurde er verhaftet und ein halbes Jahr im Gefängnis gehalten.

Nach seiner Freilassung beginnt seine Tätigkeit als einer der führenden Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes. Er wurde zunächst Bezirkssekretär des KJVD, Bezirk Ruhrgebiet, dann Oberbezirkssekretär für die Bezirke Rheinland-Westfalen. 1922 wurde er auf dem Reichsausschuß in Hannover in das Zentralkomitee des KJVD gewählt, dessen Vorsitzender und politischer Leiter er vom Mai 1923 bis März 1924 war. In dieser Zeit war er auch Mitglied des Zentralkomitees der KPD.

Erst in dieser Funktion als Leiter des Jugendverbandes zeigt Genosse Pütz völlig seine Fähigkeiten als Organisator und Erzieher. Kein großer Redner in öffentlichen Veranstaltungen, sich immer bescheiden im Hintergrunde haltend, war er ein fleißiger, unermüdlicher Arbeiter in der Leitung des Verbandes. Daß unter seiner Leitung die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes zum ersten Male einen planmäßigen Charakter erhielt, daß sie aus der überlebten Vereinsarbeit zur Massenarbeit wurde, das ist nicht zum geringsten seiner persönlichen Arbeit anzurechnen. 1925 wurde er wieder Leiter der antimilitaristischen Arbeit im besetzten Gebiet, bis er als Mitarbeiter der Exekutive der KJI nach Moskau berufen wurde. Nur kurze Zeit sollte seine Arbeit in der höchsten Körperschaft unserer Bewegung dauern. Vor einem Jahr brach erneut das Leiden aus, das er sich während des Krieges zugezogen hatte. Alle ärztliche Kunst war vergebens. Noch im letzten Stadium der Krankheit wurde er aus einem russischen Kurort nach Berlin überführt, doch die vorgenommene Operation konnte ihn uns nicht mehr erhalten. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist er sanft entschlafen.

Die Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale und das ZK des KJVD betrauern in ihm einen der Sache der Revolution treu ergebenen Kameraden.

Exekutivkomitee
der Kommunistischen Jugendinternationale.
Zentralkomitee
des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Die Beisetzung des Genossen Heinz Pütz findet am Sonnabend den 15. Oktober 15 Uhr, auf dem Berliner Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Erscheint zum

ROTEN PRESSETAG

Sonntag, den 16. Oktober, vorm. 10 Uhr in der Reichskrone

Für die Interessen der Hochwassergeschädigten

und der im Hochwassergebiet beschäftigten Arbeiter

Jeder versucht herauszuholen, was er kann. Ein Teil der Industriellen des Hochwassergebiets nahm die Gelegenheit wahr, eine Menge Sonderprofite zu erzielen. Die SPD unternahm gleichfalls einen großen Fischzug, um Stimmen zu fangen. Ein wenig reichlich spät erwachte das Interesse der SPD. Aber jetzt versucht sie nachzuholen. Das heißt, wohl weniger in der praktischen Hilfe als darin, die Geschädigten für sich einzufangen. Zu diesem Zweck hatte sie gestern in dem Hochwassergebiet Versammlungen veranstaltet. Hier wollte die SPD den Geschädigten und den Arbeitern klar machen, daß die SPD die Partei gewesen, die für die Geschädigten und Beschäftigten etwas getan habe. Da die SPD aber in der Praxis nichts getan, die Geschädigten und die Arbeiter in der ersten Zeit vollständig allein gelassen. Um nun noch einen Erfolg herauszuschinden, versuchte man die Mißkreditierung. Um die Position der SPD zu festigen, schwangen sich die sozialdemokratischen Redner in den Versammlungen sogar dazu auf, zu erklären, daß der Verband versagt habe. Dann wagte man in Hetze gegen die KPD und versuchte die Haltung der SPD-Reichstagsfraktion zu rechtfertigen. Gleichzeitig erklärte man, in Sachsen weitergehende Anträge gestellt zu haben, wie die Kommunisten.

In durchweg allen Versammlungen traten den SPD-Rednern Vertreter der KPD entgegen. In den eigentlichen Hochwassergebieten waren die Versammlungen relativ gut besucht. In Heidenau hatte die SPD aber nur knapp 70 Mann auf die Beine gebracht, von denen auch noch die Hälfte KPD- oder RGO-Mitglieder waren.

Unsere Redner zeigten überall auf, wie die SPD in der ersten Zeit nichts getan hat. Sie hat die Arbeiter sich vollständig selbst überlassen. Als die Kommunisten sich für die Arbeiter und Geschädigten einsetzten, entfachte die Gewerkschaftspresse wüste Hetze, zu der die SPD ihre Zeitungen zur Verfügung stellte. Unsere Redner zeigten auf, weshalb sich die SPD-Reichstagsfraktion nicht für unseren Antrag entschied. Die SPD-Redner erklärten, der Antrag der Bürgerblockparteien einschließlich der SPD sei weitergegangen als der der KPD. Diese habe nur 10 Millionen gefordert. Unsere Redner stellten fest, die SPD hat keine begrenzte Forderung gestellt. Nur die KPD hatte eine wirklich konkrete Forderung. Sie verlangte, die Reichsregierung solle den Gesamtschaden ersetzen und 10 Millionen als erste Rate sofort zu bewilligen. Gegen einen solchen positiven Antrag wendete sich die Reichsregierung. Die SPD wollte den Mittelparteien durch die Abstimmung keine Schwierigkeiten machen. Sie spekuliert auf die Wiederbeteiligung an der Reichsregierung nach den Neuwahlen. Mit der Perspektive auf die Neuwahlen lehnte die SPD diesen Antrag ab.

Die koalitionelle Beteiligung an einer neuen Koalitionsregierung im Reich stand der SPD höher als das Mitgefühl mit den Geschädigten.

Auch in Sachsen wurden die ersten konkreten Forderungen von der KPD erhoben. Die KPD forderte sofort die Einberufung des Zwischenausschusses und des Landtages.

Die KPD-Vertreter verhandelten mit den Regierungsstellen über die schnellere und bessere Führung der Hilfsmaßnahmen. Was dann nachher der Berichterstatter der SPD aus dem Landtag brachte, war nichts anderes als der Extrakt der kommunistischen Forderungen.

Die SPD-Vertreter versuchten vergebens, die Darstellungen der KPD-Redner zu entkräften. Die Geschädigten und die Arbeiter haben erkannt, wer die intensivsten Maßnahmen ergriff, daß dies die KPD war.

Die Referenten der SPD vermieden es, in ihren Schlußworten klare Antwort zu geben, sie versuchten mit Entstellungen der Unwahrheiten die Versammlung zu täuschen. Aber dieses Manöver war erfolglos.

Die KPD fordert erneute Hilfsmaßnahmen von der Reichsregierung.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellationen eingebracht:

Interpellation
Stöcker, Putz und Genossen:

Die Unwetterkatastrophen des Sommers haben in weiten Gebieten Deutschlands große Verwüstungen und insbesondere Schäden an der Ernte verursacht. Den Ueberschwemmungen im Oder- und Elbegebiet im Vorsommer folgten Hagelschläge, Dauerregen im August und September, Sturmfluten und Ueberschwemmungen in anderen Gegenden, so insbesondere in Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Teilen der Provinzen Hannover und Brandenburg, in der Rheinpfalz, in den Gebieten der deutschen Mittelgebirge und in verschiedenen Kreisen süddeutscher Länder. Heu- und Grummeternte wurden durch die nasse Witterung beeinträchtigt, Getreide lagerte wochenlang im Regen, wuchs aus und erlitt beträchtliche Schäden. Die Obsternte ist vielfach durch Frost- und Wurzelschaden verdorben.

Ist die Reichsregierung bereit:

1. **den bäuerlichen Klein- und Familienbetrieben in den durch Unwetter schwer betroffenen Gebieten (Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Teile der Provinz Hannover und Brandenburg, Rheinpfalz, deutsche Mittelgebirge usw.) die bereits fällig werdenden Steuern bis auf weiteres zu stunden, da durch die Verzögerung der Ernte und des Drusches, sowie durch die großen finanziellen Verpflichtungen der Bauernwirtschaften in den nächsten Monaten Einnahmen zur Bezahlung von Steuern nicht zu erwarten sind;**
2. **die genannten Betriebe von der Einkommensteuer-Vorauszahlung für das Wirtschaftsjahr 1927/28 zu befreien, da sich infolge der gewaltigen Schäden ein Einkommen für das Wirtschaftsjahr 1927/28 nicht ergeben wird;**
3. **denselben Betrieben den Rentenbankzins für 1928 sowie die 4. Rate 1927 und die 1. Rate 1928 der Vermögenssteuer zu erlassen, sowie auf die Länderregierungen einzuwirken, die Grund- und Hausteuer 1927/28 auf ein Drittel zu ermäßigen;**
4. **die geschädigten bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe durch Verbilligung des Saatgetreides und der Düngemittel für die Herbst- und Frühjahrsaussaat sowie Bereitstellung niedrig verzinslicher Beschaffungskredite zu unterstützen, da eine Gewährung von neuen Darlehen allein ohne Verbilligung bei der bereits bestehenden Verschuldung diese nur aufs neue vergrößern würde.**

Berlin, den 3. Oktober 1927.

Interpellation
Stöcker, Rädel und Genossen.

In der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1927 wurden in Ostsachsen durch Hochflut die Täler der Gottleuba und Müglitz verwüstet. 146 Menschen und unzähliges Vieh ertranken in den durch keinerlei Wasserschutzanlagen gehemmten Fluten. In wenigen Stunden war ein ungeheurer Materialschaden entstanden.

In richtiger Einschätzung der entstehenden großen Notlage im Unglücksgebiet verlangte die kommunistische Reichstagsfraktion in ihrem Antrag vom 9. Juli 1927, daß die Reichsregierung sofort helfend eingreifen **und zu diesem Zweck vorläufig 10 Millionen Mark bereitstellen solle.**

Entgegen diesem konkreten Antrag beschloß der Reichstag, der Regierung anheimzustellen, in welchem Maße sie sich an der finanziellen Hilfeleistung beteiligen wolle. Diesem Beschluß trug die Reichsregierung insofern Rechnung, daß sie dem Lande Sachsen die angesichts der Notlage der Bevölkerung im Unglücksgebiet und im Verhältnis zum **amtlich festgestellten Schaden von rund 32 Millionen Mark die lächerlich geringe Summe von 1 970 000 Mark überwies. Bisher hat die Reichsregierung weitere Geldmittel nicht bewilligt.** (Inzwischen teilte Heldt mit, daß noch 5 Millionen Mark versprochen seien. Die Red.)

Ist die Regierung der Meinung, daß mit den bisher überwiesenen 1 970 000 Mark die Pflichten der Reichsregierung gegenüber der schwergeschädigten Bevölkerung des Unglücksgebietes erfüllt sind?

Die Reichsregierung hat die Pflicht, **ausreichende Mittel zur Entschädigung und zum Wiederaufbau zu gewähren und darüber hinaus für die Herstellung der von der Bevölkerung des Unglücksgebietes längst geforderten Wasserschutzanlagen zu sorgen.**

Ist die Regierung endlich bereit, der Bevölkerung des Unglücksgebietes **durch die Gewährung ausreichender Geldmittel aus der angesichts des kommenden Winters immer bedrohlicher werdenden Notlage zu helfen?**

Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, **um die Errichtung sicherer Wasserschutzanlagen (Talsperren usw.) zu fördern?**

Berlin, den 6. Oktober 1927.

Die ostsächsische Rußland-Delegation

Genosse Siewert hat schon vor kurzem in einem Artikel darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten der verschiedensten Art zu überwinden sind, um eine Rußlanddelegation wirklich abreisefertig zusammenzustellen. Nicht nur die Finanzierung, sondern auch drohende Maßregelungen, Urlaubsverweigerung spielen dabei eine Rolle, und nicht zu vergessen ist die beispiellose Hetze, die von unseren Gegnern bei diesen Gelegenheiten immer wieder losgelassen wird. Wir dürfen jetzt feststellen, daß eine besondere Schwierigkeit darin lag, daß aus der Menge der gemeldeten Kandidaten diejenigen herausgesucht werden mußten, die infolge ihrer Funktion, sowie des Wirkungskreises, in dem sie arbeiten, am besten imstande waren, die ostsächsische Arbeiterschaft zu vertreten. Denjenigen Genossen, die als gewählt an uns gemeldet wurden und denen wir infolge der beschränkten Anzahl der uns zustehenden Delegierten abschlägigen Bescheid geben mußten, sei an dieser Stelle gesagt, daß das Rußlandkomitee bei zukünftigen Delegationen ihnen die erste Berücksichtigung zuteil werden lassen wird. Den Freunden der Rußlanddelegation, die energisch für das Zustandekommen derselben gewirkt haben, sprechen wir unseren besten Dank aus. Nachstehend die Genossen, die nunmehr nach Rußland abgefahren sind:

Hofmann (SPD), Holzarbeiterverband Niedersedlitz;
Neuhaus (SPD), Porzellanmanufaktur Meißen;
Albrecht (SPD), Waggonfabrik Bautzen.

An der Frauendelegation nimmt teil die Kollegin

Frieda Krummreich, Jasmatzi, Dresden.

Außerdem hat der Klub der alten Bolschewiki in Moskau 10 Parteiveteranen eingeladen. Auch an dieser Delegation ist Ostsachsen mit einem Genossen beteiligt, und zwar fährt Genosse

Hermann Kießling aus Dresden-Neustadt,

der seit 1874 politisch organisiert ist und heute im Alter von 69 Jahren steht.

Die deutsche Arbeiterinnen-Delegation zur 10. Jahresfeier der Sowjetunion

Links: a) Anna Groß, Berlin, parteilos, Betriebsrat der Firma Hintz, Buchbinderei; b) Charlotte Krause, Berlin, parteilos, Mitglied des Ortsausschusses des DMV; c) Marta Knapp, Gotha, KPD, delegiert vom RFMB;
Rechts: d) Margarete Hahne, Breslau, KPD, delegiert vom RFMB; e) Frieda Krummreich, Dresden, parteilos, Betriebsrat Zigarettenfabrik Jasmatzi; f) Hermine Paas, Barmen, parteilos, 2. Betriebsratsvorsitzende der Firma Bemberg (Seide); Belegschaft: 6000.

Die Industrie der USSR

Am 30. September ist das Wirtschaftsjahr 1926/27 zu Ende gegangen. Die Industrie der Union hat erneut eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen. Nach vorläufiger Statistik hat die Rohproduktion der Industrie im Vergleich zum Vorjahre um 19 Prozent zugenommen. Einen besonders großen Zuwachs sehen wir im Kohlenbergbau — 25,7 Prozent, wobei zu bemerken ist, daß die Kohlenförderung das Niveau von 1913 bereits überschritten hat; ferner in der Petroleumindustrie — 22 Prozent, in der Hütten- und Metallindustrie 31 Prozent, in der Textilindustrie 17 Prozent usw. Ebenso hat uns das verlaufene Jahr eine Hebung der Arbeitsproduktivität gebracht und die Arbeitslöhne sind im Vergleich zum Vorjahre um 12,5 Prozent gestiegen.

Industrie der Ukraine

Die Rohproduktion der ukrainischen Industrie weist im Vergleich zum Vorjahre ein Mehr von 24 Prozent auf.

Im kommenden Jahr wird das vorkriegszeitliche Niveau der ukrainischen Industrie erheblich überschritten sein, und zwar: Kohlenbergbau — 16 Prozent, Manganerze — 115 Prozent, Maschinenbau (inv. Maschinen) 14 Prozent, Leder- und Schuhindustrie 50 Prozent, Papierindustrie 85 Prozent.

Die Leningrader Industrie

Der Wert der Erzeugnisse der Leningrader Industrie beträgt im Jahre 1926/27 rund 760 Millionen Rubel der Vorkriegszeit gegen 660 Millionen Rubel des Jahres 1925/26. Die Leningrader Industrie hat ihre Wiederherstellungsperiode abgeschlossen und in bezug auf den Wert ihrer Produktion das vorkriegszeitliche Niveau erreicht. In einigen Produktionszweigen ist es sogar überschritten, besonders in der Textilindustrie: der Wert ihrer durchschnittlichen Monatsproduktion ist 10,5 bis 11,5 Millionen Vorkriegs-Rubel gegen 8,5 Millionen Rubel in dem dem Krieg vorhergehenden Jahre. Auch die Elektroindustrie hat einen großen Aufschwung genommen: 1913 produzierte sie im Monatsdurchschnitt für 1,5 Millionen Rubel, gegenwärtig für 5 Millionen Rubel und auch mehr. Die Schuhindustrie hat ebenfalls das vorkriegszeitliche Niveau überschritten. Besonders große Erfolge hat die Schuhfabrik „Skorochod" aufzuweisen, deren Produktion heute zweieinhalbmal so groß ist, wie vor dem Kriege. Auch die Papierindustrie, die Bekleidungs-, die Tabakindustrie und andere haben im Vergleich zur Vorkriegszeit Fortschritte gemacht.

Eine Folge dieser Entfaltung der Leningrader Industrie ist eine merkliche Zunahme der beschäftigten Arbeitskräfte: September 1926 beschäftigte sie 222 195 Arbeiter, September 1927 241 980 Arbeiter.

Die Industrie des Uralgebietes

Laut der vorläufigen Statistik für das Wirtschaftsjahr 1926/27 beträgt der Wert der Erzeugnisse der Großindustrie des Uralgebietes 299 290 000 Rubel, das heißt 116 Prozent der Vorkriegszeit.

Eisenbahnbau in der USSR

Außer der gewaltigen Turkestan-Sibirischen Bahn werden im Jahre 1927/28 acht weitere Eisenbahnlinien (insgesamt 1300 Kilometer) fertiggestellt werden. Insgesamt werden im laufenden Jahre 385 Millionen Rubel für neue Eisenbahnbauten ausgegeben werden.

Die erste Kalt-Eisenwalzerei in der USSR

Im Ural-Gebiet ist die eben fertiggestellte erste Kalt-Walzerei der USSR in Betrieb gesetzt worden.

Das sogenannte kalte Walzverfahren ist für die Industrie der USSR etwas Neues. Der Betrieb wurde im Laufe von 10 Monaten errichtet und bereits seit den ersten Tagen seiner Arbeit konnte er im Vergleich zu den bestehenden Preisen um 20 Prozent billiger liefern. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer weiteren Verbilligung der Produktion. Die Walzerei ist durchweg mechanisiert und es werden die neuesten technischen Errungenschaften angewendet.

Pressestimmen zur Wahl in Hamburg

Die SPD trotz kommunistisch-sozialdemokratischer Mehrheit für die Koalition mit dem Bürgertum

Der Vorwärts

erklärt zu den Wahlen in Hamburg in seiner Montag-Abendausgabe:

„In der großen Hafenstadt mit ihren großen Elendsvierteln gibt es naturgemäß viele Tausende, auf die der rüde Ton der Kommunisten immer einen besonderen Eindruck macht. Die Beseitigung dieses sozialen Elends, das den Nährboden abgibt für die unfruchtbare Politik der KPD, wird die vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Politik sein.

Leider wird die starke proletarische Mehrheit in Hamburg sich nur wenig auswirken können, da die Kommunisten in der letzten Zeit mehr noch als bisher ihre Aufgabe nur in der niedertrachtigsten Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickten . . . Die bisherige Regierungskoalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei hat mit 99 von 160 Sitzen eine sichere Mehrheit im Parlament."

Das Berliner Tageblatt

behauptet, das Resultat in Hamburg biete keine Ueberraschung und wäre ein Erfolg für die von dem demokratischen Bürgermeister Petersen eingeleitete Zusammenarbeit der Mitte. Stärkste Beachtung verdiene jedoch der große Erfolg der kommunistischen Stimmenzahl.

„Diese Zunahme der kommunistischen Ziffern resultiert zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der äußerst geschickten Kleinarbeit, mit der die Kommunisten namentlich seit der inneren Reorganisation der Partei, im letzten Jahre in der Hamburger Bürgerschaft durch eine systematische Häufung sachlich formulierter Anträge auf die breiten Volksmassen zu wirken wußten. Auch haben sie zweifellos aus der noch immer recht hohen Zahl der Erwerbslosen profitiert.

Vor allem aus der gewaltigen Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen ergibt sich erneut auch für die Zukunft die von der Demokratischen Partei längst erkannte Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der verantwortungs- und staatsbewußten politischen Vertretung der Arbeiterschaft."

Die Vossische Zeitung

äußert sich am Montag abend sehr zurückhaltend, ohne die Gründe für das Wahlergebnis zu untersuchen:

„Aus der Aufstellung ergibt sich, daß in der neuen Hamburger Bürgerschaft Sozialdemokraten und Kommunisten allein über die Mehrheit verfügen. Diese Mehrheit wird aber praktisch nicht in die Erscheinung treten, sondern es wird bei der bisherigen Mehrheitskoalition bleiben, die Demokraten, Sozialdemokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei umfaßt."

Die Tägliche Rundschau

schreibt, daß die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit nicht in Erscheinung treten wird, weil die alte Koalition für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der alten Hansestadt Ersprießliches geleistet habe und deshalb auch bestehen bleiben dürfte. Dann geht es weiter:

„Eine besondere Beachtung verdient das Wahlergebnis der bürgerlichen Parteien. Trotzdem diese bei dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Besoldungsneuregelung der Beamten einen guten Fechtboden hatten, haben sie Verluste erlitten . .

Die Schwächung der bürgerlichen Parteien ist zum nicht geringen Teil auf die Bildung von Splitterparteien und Interessengruppen zurückzuführen, die die Stoßkraft der bürgerlichen Parteien vermindert haben.

Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen wird sich für das bürgerliche Lager und namentlich für die Deutschnationalen die ernste Warnung ergeben, die Kräfte nicht im Bruderkampf zu vergeuden, sondern sie gemeinsam gegen die Linksparteien zu richten."

Der Lokal-Anzeiger

wendet sich warnend an die Sozialdemokratische Partei und schreibt:

„Ein Zusammenschluß der Sozialdemokraten und Kommunisten wäre praktisch eine Unmöglichkeit in dem hamburgischen Wirtschaftskörper. Die Sozialdemokraten werden erkennen, daß ein solches Experiment ihre Partei zerstören müßte."

Dann betont er, daß das Wahlergebnis das Bürgertum „warnend aufrütteln" muß:

„Wenn die politische Interessenlosigkeit und die Wahlmüdigkeit dennoch nicht weichen, die den roten Klassenstaat nicht wollen, sondern die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, dann werden wir bei den nächsten Wahlen tief zurücksinken in Zustände, die man schon überwunden glauben durfte. Ein Menetekel ist deutlich an die Wand geschrieben."

Der Bezirksparteitag

Die politische Lage

Referat des Genossen Melcher

(Verkürzte Wiedergabe.)

Parteitage geben Anlaß zur Rückschau und Ausschau. Bei der Beurteilung der politischen Lage müssen wir uns der Worte erinnern: Zehn, zwanzig, dreißig, ja fünfzig Jahre Krieg und Bürgerkrieg sind erforderlich, um das Proletariat zum Kampfe gegen die Bourgeoisie zum Siege zu führen. Die grundlegenden Worte müssen wir denken, wenn wir in dieser gegenwärtigen Periode feststellen, daß die kapitalistische Wirtschaft sich gefestigt hat, wenn wir von einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus sprechen. Die 7. Erweiterte Exekutive und der Essener Parteitag haben ausführlich zur Weltwirtschaftslage Stellung genommen. Auf diesen Tagungen — soweit die bisherige Entwicklung — ist die Lage richtig beurteilt worden. Auch gegenwärtig sehen wir im internationalen Maßstabe die Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch in der Offensive gegen die Arbeiterklasse. Gegenüber der Zeitspanne 1919 bis 1923 sehen wir eine gewisse Festigung der Weltwirtschaft, sehen wir, daß die kapitalistischen Staaten neben riesenhaften Militärrüstungen für die Erstarkung des Faschismus Sorge tragen. Kurz zusammengefaßt, sind die Kräfte die hauptsächlichsten Elemente der relativen Stabilisierung. Im Gegensatz hierzu sehen wir im Weltmaßstabe bedeutsame Aktivposten der Weltrevolution. An erster Stelle ist hier der Bestand, die wirtschaftliche Aufbauarbeit zum Sozialismus in der Sowjetunion zu nennen. Ein weiterer sind die nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonien gegen den Imperialismus, vor allem die chinesische Revolution, die nicht am Ende, sondern an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt ist. Als ein sehr wichtiger Aktivposten für die Weltrevolution ist hervorzuheben das Vorhandensein der einzigen Weltpartei, **der Kommunistischen Internationale**. Die Barrikadenkämpfe in Wien und die Sacco- und Vanzetti-Bewegung sind Anzeichen dafür, daß das Proletariat in der gegenwärtigen Periode sich anschickt, von der Verteidigung zum Angriff zu schreiten.

Im Rahmen der internationalen Politik muß unbedingt der letzten Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris gedacht werden. Auf dem Pariser Kongreß des IGB konnte keine ernsthaften Auseinandersetzungen erwartet werden, weil es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in der Amsterdamer Internationale nicht gibt, und weil die hauptsächlichsten Landesverbände in der Berichtsperiode gegenseitigen Streikbruch und solidaritätsverletzung begangen haben. Beim Ruhrkampf, Bergarbeiterstreik 1926 haben die französischen, englischen und deutschen Gewerkschaften auf der Seite ihrer Regierungen gestanden. Beim großen Bergarbeiterstreik 1926 in England waren es die deutschen, französischen und belgischen Gewerkschaften, die für die eigenen Kapitalisten die gute Konjunktur ausnutzen halten und dem Kampf der englischen Bergarbeiter in den Rücken fielen. Die englischen Gewerkschaften haben gleichfalls nichts unternommen, um den Transport von Soldaten und Waffen nach China zu verhindern. Diese Vorgänge zeigen, daß die Amsterdamer **Internationale keine auf Solidarität aufgebaute Kampfesorganisation ist.** Die Machtverhältnisse der imperialistischen Gruppen spiegeln sich auch in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wider. Auf dem Amsterdamer Kongreß 1919 in Amsterdam mußte der deutsche Gewerkschaftler Sattenbach eine Erklärung abgeben, daß Deutschland im Kriege allein schuldig gewesen sei, während jetzt in einem die deutschen Gewerkschaften die Führung des IGB in ihre Hände genommen haben. So wie Deutschlands politische Bedeutung durch den Eintritt in den Völkerbund wächst, genau in demselben Maße ist die Rolle der deutschen Gewerkschaften im IGB bedeutsamer geworden.

Innenpolitische Lage

Die deutsche Arbeiterklasse besaß 1918 im November keine kommunistische Partei. Weil es damals eine Kommunistische Partei nicht gab, konnte die November-Revolution nicht zur sozialistischen Revolution vorwärtsgetrieben werden, mußte das deutsche Proletariat aus den vorübergehend in Besitz genommenen Positionen durch die Bourgeoisie herausgeworfen werden. Die deutsche Bourgeoisie hat vor und nach der November-Revolution eine weit vorausschauende Politik getrieben. Schon vor dem 9. November 1918 verhandelten die Industriellen mit den Gewerkschaftsführern und brachten die Arbeitsgemeinschaft zustande. Das war eine außerordentlich kluge Politik im Interesse der **Machterhaltung der Bourgeoisie.** Wollte sie die gefährlichen November-Stürme abebben, mußte sie der Arbeiterklasse Zugeständnisse machen. Die Bourgeoisie, die mit der Wahl der Nationalversammlung das Heft wieder in ihre Hände bekam, drängte die Arbeiterschaft auf allen Gebieten von Stufe zu Stufe in die heutige Elendslage. Nachdem die Bourgeoisie die Arbeiter aus allen im November eingeräumten Positionen zurückgeworfen hat, geht sie dazu über, die werktätigen Mittelschichten und selbstschaffenden Bauern durch Steuern und Wucherpreise auszupressen im Interesse des neudeutschen Imperialismus. Der Weg über die Nationalversammlung über die kleine und große Koalition zur Bürgerblockregierung ist das Werk der Sozialdemokratie.

Die Politik des Bürgerblocks, die Zoll- und Mieterhöhung, das Schmutz- und Schundgesetz, die reaktionäre Gestaltung der Zollgesetzgebung, das geplante Reichsschulgesetz und Konkordat und vor allem der Justizterror gegen die Arbeiterschaft zeigen, wie stark die deutsche Bourgeoisie an der Entfaltung des neudeutschen Imperialismus arbeitet, um im nächsten imperialistischen Kriege bei der Neuaufteilung der Welt eine wichtige Rolle zu spielen. Gegenwärtig wird die gekennzeichnete Politik von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten gemacht. Nach der Durchpeitschung des Reichsschulgesetzes und evtl. des geplanten Konkordats wird das Zentrum im Interesse seiner Arbeiterwähler sich aller Voraussicht nach „links" entwickeln, um mit der Sozialdemokratie im Sinne des Reichsbannerführers Hörsing die nächsten Reichstagswahlen durchzuführen.

In Sachsen haben wir gegenwärtig die breiteste Regierungskoalition, die es je in Deutschland gab. Die Heldtregierung findet ihre Stütze von den Deutschnationalen bis zu freigewerkschaftlichen Funktionären im Lager der ASPS. Die Heldtregierung arbeitet einzig und allein im Interesse der sächsischen Industriellen. Bekannt sind die Rollen, die von den alten bürgerlichen Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten) und von der ASPS gespielt werden. Weniger bekannt ist noch die werktätigenfeindliche Politik der Wirtschafts- und Aufwertungspartei. Diese Parteien sind von den alten bürgerlichen Parteien nur als Filialen aufgemacht worden, um die nach links gehenden Wählermassen durch diese Parteineubildungen mit schönklingenden Namen aufzufangen. Bei den nächsten Wahlen werden sich ohne Frage erneut neue Parteien breitmachen. Die letzten Wahlen an der Wasserkante sind dafür ein Beweis.

Für uns als revolutionäre Partei mit einer allen anderen Parteien strikte entgegengesetzten Stoßrichtung ist der sächsischen Sozialdemokratie das Hauptinteresse. Noch gehören breite Arbeiterschichten der Sozialdemokratie auch in Sachsen an. Diese Arbeiter halten es für möglich, daß die Sozialdemokratie von heute zurückgewinnbar werden könne zur Parteigenossenschaftsdemokratie, wie sie unter der Führung von W. Liebknecht und A. Bebel vorhanden war. Gegen diese Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter müssen wir ankämpfen. Nicht rückwärts, sondern vorwärts muß die Arbeiterbewegung marschieren. Auch wenn es gelingen würde, eine der Vorkriegszeit gleichgeartete Sozialdemokratie zu schaffen, würde diese Partei einen 4. August wiederum vor sich haben. Die sächsischen Führer der Sozialdemokratie sprechen und schreiben so, wie es in den Massen brodelt. Bei dem Vormarsch der revolutionären Südtruppen in China schrieb die Dresdner Volkszeitung, daß der Sieg des Proletariats vom Osten komme. Bei den Julikämpfen schrieb die ostsächsische SPD-Presse in den ersten Tagen voller Begeisterung über den heroischen Kampf der Wiener Arbeiter, um ein paar Tage später im Stile des Vorwärts dem kämpfenden Proletariat in den Rücken zu fallen. Den Gegensatz zwischen Worten und Taten der führenden Funktionäre der sächsischen Sozialdemokratie müssen wir genau beachten und in unserer Agitation und Propaganda auswerten. **Die Edel und Arzt sind ihrer Doppelzüngigkeit wegen die besten Sachwalter der arbeiterfeindlichen Politik des Parteivorstandes.** Wie im Reichsmaßstabe die Sozialdemokratie gegen die Marx-Kendell-Regierung nur Scheinopposition machte genau so verhielt sich die Führung der sächsischen Sozialdemokratie gegenüber der Heldtregierung. Alle von uns in Vorschlag gebrachten außerparlamentarischen Aktionen zum Sturze der Heldtregierung haben die sächsischen Führer der Sozialdemokratie sabotiert.

Wirtschaftslage und Wirtschaftskämpfe

Erinnern wir uns, wie von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern das Dawesabkommen, die kapitalistische Rationalisierung und die Gesundungskrise besungen wurden. Die inzwischen eingetretene Entwicklung hat die Voraussagungen der Kommunistischen Partei vollständig bestätigt. Das Dawesabkommen und die Einführung der amerikanischen Arbeitsweise haben die Lebenslage der deutschen Arbeiter und werktätigen Mittelschichten katastrophal verschlechtert. An Hand zahlreicher Zitate weist Genosse Melcher nach, daß in der sozialdemokratischen Presse Henry Ford, „selbst nicht ahnend, der mächtigste Verbündete des Sozialismus" genannt wurde. **Demgegenüber sagen wir, daß der Arbeiter in den nach Henry Ford rationalisierten Betrieben einem Sträfling in der Tretmühle des Kapitals gleicht.**

Seit dem Dawesabkommen sind in die deutsche Wirtschaft 2 Milliarden Dollar Auslandsgelder hereingesteckt worden. Die kapitalistische Rationalisierung und die Schuldenmacherei im Auslande haben eine Konjunktur erzeugt. Der Absatz der deutschen Waren beschränkt sich auf den Inlandsmarkt. Die Inlandskonjunktur verringert den Zwang und Anreiz für die Kapitalisten zur Ausfuhr deutscher Waren. Die Auslandsverkäufe, soweit solche getätigt werden, erfolgen größtenteils unter den Gestehungskosten. Die Differenz zwischen dem im Auslande erzielten Preis und den Gestehungskosten wird auf die Inlandspreise aufgeschlagen. Ausländische Waren finden in Deutschland steigenden Absatz. Diese Tatsachen werden bewiesen durch die passive Handelsbilanz Deutschlands. 1926 war ein Einfuhrüberschuß von 712 Millionen Reichsmark, in den ersten neun Monaten des Jahres 1927 hingegen ein Einfuhrüberschuß von 2847 Millionen Reichsmark vorhanden. Durch die Geldeinfuhr aus dem Auslande verringerte sich der Goldbestand der Reichsbank rapid. Genosse Melcher trägt hierüber genaues Zahlenmaterial vor. Um zu beweisen, daß die Kapitalbildung in Deutschland mit dem Kapitalbedarf nicht Schritt gehalten hat. Ein Beweis hierüber ist auch, daß der Diskontsatz, der im Januar 5 Prozent betrug, erst vor einigen Tagen von 6 auf 7 Prozent erhöht wurde. Die deutschen Großbanken haben die Diskonterhöhung zu einem Geschäft gemacht durch weiteren ½prozentigen Zinsaufschlag, an dem sie jährlich 250 Millionen Mark verdienen. Die Folgen einer derartigen Wirtschaftspolitik müssen sein **eine gewaltige Teuerungslawine und eine tiefeinschneidende Wirtschaftskrise.** Die gegenwärtige Hochkonjunktur bezeichnet Genosse Melcher aus all diesen Gründen als eine **vorübergehende Episode von kurzer Dauer,** weil es einfach unmöglich ist, daß die deutsche Wirtschaft die gegenwärtige Pumpwirtschaft noch auf lange Sicht weitertreiben kann.

Auf die herannahende Wirtschaftskrise muß sich die Kommunistische Partei vorbereiten, um die Früchte der zurückliegenden und gegenwärtigen Politik zu ernten.

Hochkonjunktur, Unternehmer und Gewerkschaften

Genosse Melcher erinnert an die Dresdner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie 1926, auf der der rheinische Großindustrielle Silverberg eine vielbemerkte Rede gehalten habe, in der er den Gewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie Koalitionspolitik anbot. Von der gesamten reformistischen Presse sind die deutschen Scharfmacher ob dieser Rede Silverbergs bis über den Klee gelobt worden. Die Praxis der deutschen Industriellen nach der Dresdner Tagung war aber anders geartet. An Stelle der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den freien Gewerkschaften bemühen sich die deutschen Unternehmer durch die Bildung gelber Vereine, den letzten Einfluß der freien Gewerkschaften bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbinden. Vor einigen Monaten hielt der Reichsverband der deutschen Industrie seine Tagung in Frankfurt a. M. ab. Die Reden und Forderungen dieser Tagung waren von Anfang bis zu Ende reaktionär abgestellt. Der Reichsverband der deutschen Industrie, ohne dessen Zustimmung heute kein Handelsvertrag und keine andere wichtige politische Entscheidung zustande kommt, verlangte neben dem Abbau der Unternehmersteuer und der Sozialpolitik die stärkste Beeinflussung der Produktion und Preisbildung durch die Kartellbildung.

Während sich bürgerliche Wirtschaftspolitiker, u. a. Dr. Garbe, im Berliner Tageblatt gegen die Preisdiktatur der Kartelle wenden, weil im alleinigen Interesse der Unternehmer der Inlandsmarkt monopolartig erfaßt und gegenüber dem Auslande unübersteigbare Zollmauern gebaut werden sollen, sehen wir die Sozialdemokratie in Einheitsfront mit der Industrie. Genosse Melcher trägt eine Anzahl Zitate aus der Gewerkschaftspresse vor, er zitiert Hilferding und andere Sozialdemokraten, die nach dem Vorbilde des früheren Redakteurs des ADGB, Dr. Striemer, der Arbeiterschaft einreden wollen, daß die Arbeiter selbst am Gedeihen der Industrieunternehmungen interessiert sein müssen. Während Bücher als Referent der Industriellen in Frankfurt die Leitung der Industrieunternehmungen in die Hände des besten Mannes mit dem Gehirn und den menschlichen Tugenden belegt wissen will, verlangt Hilferding „die Betriebsdemokratie" um „die Aufstiegsmöglichkeit zur Leitung des Betriebes für den einzelnen je nach seinen Fähigkeiten zu erschließen".

Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Unternehmer mit den Gewerkschaften **muß zur Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse führen.** Eine derartige Harmonie bedeutet **niedrige Löhne, steigende Preise, hohe Profite für die Bourgeoisie.** An Hand der amtlichen Statistik beweist Genosse Melcher, daß seit Juni d. J. keine Erhöhung der Löhne zu verzeichnen ist, während anderseits die Lebenshaltungskosten wesentlich in die Höhe gegangen sind, die Aktienkurse seit Mai d. J. **von 164 auf 180 Prozent** im August stiegen. Obwohl 2 Milliarden Dollar Auslandsanleihen in die deutsche Volkswirtschaft geleitet wurden, herrscht in Deutschland eine beispiellose Wohnungsnot. Im Reiche sind 12 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung. In Sachsen kommen auf **100 vorhandene Wohnungen 10 Haushaltungen ohne eigene Wohnung.** Im Februar 1924 betrug der Mietpreis 90 Prozent der Friedensmiete, heute werden 100 Prozent der Friedensmiete bezahlt, das ist in 3½ Jahren eine **abnorme Mietsteigerung.** Damit jedoch nicht genug. Schon ist eine neue Mieterhöhung auf 150 Prozent angekündigt. Die Mietpreiserhöhung am 1. Oktober um 10 Prozent bedeutet für den Arbeiter eine dreiprozentige Steigerung der Lebenshaltungskosten, ohne jeden Lohnausgleich.

Die langfristigen Tarifabschlüsse im Frühjahr d. J. brachten keine Erhöhung der Kaufkraft der Löhne. In längeren Ausführungen behandelt Genosse Melcher die Aufgaben der Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse. Weil die Gewerkschaften unter Führung der Reformisten vollständig versagen, müssen die Kommunisten diese wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterklasse klarmachen, um die Führung in den Gewerkschaften zu erlangen und um zunächst die Arbeiter für **zwischentarifliche Lohnforderungen in Bewegung zu setzen.** Die Arbeit der Partei in den Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften und in den Betrieben muß an Hand der Tagesereignisse konkreter durchgeführt werden. An Beispielen zeigt der Referent, wie wir die Profite der Industrieunternehmen nachweisen, den Arbeitern darstellen, um Bewegungen für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erreichen.

Die Arbeiter, die in der Nachkriegszeit den Reformisten auf die Leimrute krochen und zu einem Teil ihre eigenen Bedürfnisse glaubten einschränken zu müssen, weil Deutschland den Krieg verloren habe, sehen heute die Riesenprofite der Unternehmer, sehen den Luxus der herrschenden Klasse, sie sehen die Entfaltung des neudeutschen Imperialismus und verlangen deshalb höhere Löhne und eine kürzere Arbeitszeit. Das wird bewiesen durch die zwischentariflichen Lohnforderungen, die von den Metallarbeitern, Gemeinde- und Staatsarbeitern, den Buchdruckern in Ostsachsen gestellt worden sind, das beweisen die unzähligen Lohnbewegungen und Lohnkämpfe in allen Industrien im Reiche. Hier muß die Partei alle Möglichkeiten einsetzen, um durch wirtschaftliche Kämpfe zu Bewegungen mit politischem Inhalt zu kommen und durch außerparlamentarische Massenbewegungen den Bürgerblock zu stürzen.

Die Kriegsgefahr

Der letzte imperialistische Krieg hat die Krise des Kapitalismus nicht gelöst. Der Produktionserweiterung, die durch die Rationalisierung der Betriebe in den alten Industrieländern und durch die Industrialisierung der Kolonien und halbkolonialen Länder erreicht wurde, steht eine Einengung des Marktes gegenüber durch den Bestand der Sowjetunion, den nationalrevolutionären Freiheitsbewegungen in den Kolonien und durch die Senkung der Kaufkraft der Massen. Obwohl die Entwicklung im Weltmaßstabe nicht in der gleichen Richtung läuft, die Entwicklung selbst voller Widersprüche ist, **müssen die Widersprüche zwischen Produktionssteigerung und Einengung des Marktes die kapitalistischen Widersprüche zu einem neuen Weltkriege führen.** Heute schon wird der nächste imperialistische Krieg in der ganzen Welt vorbereitet. Die sozialreaktionäre Gesetzgebung in allen europäischen Ländern hat nur das eine Ziel im Auge, für den nächsten Krieg eine ruhige Etappe zu schaffen. Auch Deutschland rüstet zur Teilnahme an dem nächsten imperialistischen Krieg. Die Motorisierung in der Landwirtschaft, die Versuche der Schädlingsbekämpfung durch Flugzeuge, die Ausbildung der Reichswehr als Rahmenarmee zur Aufnahme der Mitglieder der nationalen Wehrverbände beweisen, **daß die deutsche Bourgeoisie im nächsten imperialistischen Kriege insbesondere bei der Aufteilung der Beute ein gewichtiges Wort mitsprechen will.**

Als Land der stärksten chemischen Industrie wird Deutschland von den imperialistischen Mächtegruppen stark umworben. Schon jetzt ist die Außenpolitik Stresemanns darauf abgestellt, zwischen den imperialistischen Rivalen hin und her zu pendeln, um Schritt für Schritt den durch den letzten imperialistischen Krieg verlorengegangenen „Platz an der Sonne" zurückzuerlangen. Ganz selbstverständlich ist es, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Teilnahme am nächsten Kriege auf jene Seite schlagen wird, wo ihr die höchsten Preise geboten werden. **Im Kriege gegen die Sowjetunion,** auch das sei durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf der Hand liegend, **werde Deutschland auf der Seite der Imperialisten kämpfen.**

Die Sozialdemokratie wird, wie im letzten Kriege, mit der Bourgeoisie gehen.

Wer jetzt Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie treibt, kann im Kriege nicht gegen die Bourgeoisie und gegen den Krieg kämpfen.

Die Sowjetgranatenhetze der sozialdemokratischen Presse diente der ideologischen Bearbeitung der Massen zur Teilnahme am Kriege gegen die Sowjetunion. Genosse Melcher erinnert daran, daß die Dresdner Volkszeitung erst vor einigen Tagen schrieb, daß die Sowjetunion noch mehr als das zaristische Rußland eine Bedrohung des Friedens bilde. Die sozialdemokratische Presse, die in dieser Weise gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat hetzt, macht das nur, um in den arbeitenden Massen die zum imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland notwendige Siedehitze zu schaffen.

Die Arbeiterschaft glaubt noch nicht an die Kriegsgefahr. Hier liegt eine der Hauptaufgaben der Partei. Wir müssen die Arbeiterschaft zur Verhinderung des nächsten imperialistischen Krieges mobilisieren. Sagen müssen wir den Arbeitern auch, **daß der imperialistische Krieg unvermeidlich ist, wenn das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei dem Ausbruch des Krieges nicht durch die proletarische Revolution zuvorkommt.** Bei dieser Frage müssen wir uns immer Lenins Worte vor Augen halten, daß wir Kommunisten uns nicht scheuen dürfen, die größten Opfer zu bringen, um den nächsten imperialistischen Krieg zu verhindern, der von der arbeitenden Klasse viele Millionen Opfer erfordern wird.

Die nächsten Aufgaben der Partei

In unserem Kampfe um die Tagesforderungen der Arbeiterklasse dürfen wir niemals die Rolle der Partei als führende Vorhut des Proletariats aus dem Auge verlieren. Um die Bourgeoisie zu stürzen, **müssen wir die Massen für den revolutionären Klassenkampf gewinnen.** Dieses Ziel wird am schnellsten erreicht werden, je besser wir es verstehen, die Führer der Arbeiter in allen wirtschaftlichen Bewegungen zu werden. Die arbeitenden Massen werden zur Partei um so schneller gehen, je gründlicher wir gegen die arbeiterschädlichen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung ankämpfen, gegen den Mietwucher und gegen den reaktionären Reichsschulgesetzentwurf, und immer und überall den Arbeitern kämpfend vorangehen. Um die Partei der Arbeiter zu werden, müssen wir Kommunisten alle Anstrengungen machen um die Führer der Arbeiter und werktätigen Massen zu werden. Aus jedem Parteimitglied einen Funktionär der Arbeiterbewegung zu machen, wird am schnellsten erreicht werden, **je mehr untere Parteiorganisationen wir schaffen, die durch die praktische Arbeit unter den Massen sich zu deren Führern ausbilden.** Parallel mit der praktischen Arbeit muß die Bildungsarbeit der Partei durchgeführt werden. Genosse Melcher bespricht die Aufgabenstellung, die in der politischen Resolution enthalten ist.

Wir haben in Ostsachsen als Partei die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten. **Von diesem Parteitag muß die letzte Ortsgruppe und Zelle, das letzte Parteimitglied angeleitet werden zu aktiver Parteiarbeit.** Unsere Losung muß allein sein: **Heraus an die Massen, tiefer herein in die Massen, damit wir dem jämmerlichen Streit der „Demokratie" mit der Reaktion, ob Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot künftig über die deutschen Gaue wehen soll, dadurch ein Ende bereiten, daß wir jenes mit den Zeichen der Arbeit und der Ernte ersetzen, das Banner in Deutschland aufrollen, die roten Klassenfahne**

Diskussion

Im Anschluß an das nach der Mittagspause erstattete Referat des Gen. Renner, das wir in unserer gestrigen Ausgabe gekürzt wiedergegeben haben, erfolgte die Diskussion.

Als erster Redner sprach Gen. R..... Dresden und kritisierte zunächst, daß in der Partei verschiedene Fragen zu sehr ressortmäßig behandelt werden. Dann bemängelt er die Art der Diskussion, wie sie teilweise noch immer mit den sozialdemokratischen Arbeitern geführt wird. Bei den Auseinandersetzungen mit den SPD-Arbeitern ist die Beobachtung zu machen, daß sie nur selten ihre eigene Zeitung lesen. Auf die internen Parteifragen eingehend, führt Gen. R. aus, die Partei müsse eventuelle Fraktionsbildungen aufs schärfste bekämpfen. Er sagt dann weiter, daß die Partei noch bei weitem nicht in dem notwendigen Maße politisiert ist. Die sozialdemokratische Presse, die jetzt aus dem Konflikt mit Trotzki ein politisches Geschäft zu machen versucht, nimmt für Trotzki Stellung. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Genossen auch über diese Frage mit den sozialdemokratischen Arbeitern diskutieren. Dann gibt Gen. R. seine Zustimmung zu der vorliegenden Resolution zur innerpolitischen Lage und der Opposition in der KP der USSR und ersucht um möglichst einstimmige Annahme.

Gen. G...., Dresden, meint, daß die Resolution zur politischen Lage viel zu diplomatisch geschrieben sei und die klare und eindeutige Formulierung vermissen lasse, um unseren Genossen draußen eine Waffe zur Diskussion sein zu können. Gen. G. nimmt dann noch Stellung zur Unterschriftensammlung gegen den Krieg, die jetzt von den Sozialdemokraten durchgeführt wird, und zeigt gegenüber diesem pazifistischen, illusionären und demagogischen Manöver unsere Aufgaben auf.

Gen. F...., Dresden, bespricht den zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf und verbreitet sich auf die einzelnen darin enthaltenen Verschlechterungen und die drohende Verpfaffung der Volksschule.

Gen. M. Sch. bespricht die Frage der Kontrolle der Produktion und erklärt sich mit der Stellungnahme der Resolution einverstanden. Die Partei müsse heute den sozialdemokratischen Arbeitern gegenüber ganz klar sagen: Heraus aus der SPD! Die Hoffnungen auf eine ernste Opposition in der SPD, die sich im Gegensatz zum Parteivorstand stelle, ist nur Trugschluß; die vollständige Kapitulation der linken SPD-Führer habe das erwiesen.

Genossin M...., Dresden, bespricht die Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern und betont, daß ein starker Fehler nach der Richtung noch immer gemacht werde, daß zu wenig zwischen Arbeitern und Führern differenziert werde. Auch die bisher geleistete Arbeit unter den Frauen ist noch immer ungenügend.

Gen. K...., Dresden, spricht zu den Ausführungen des Gen. Renner, besonders zu der Frage der Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden durch die Sowjets.

Gen. K. S... bringt zum Ausdruck, daß der größte Teil der Arbeitermitglieder der SPD politisch passiv ist; in den Diskussionen stimmen sie unseren Darlegungen zu, um dann, wenn ihre Presse Anweisungen gegeben hat, in straffer Disziplin dem Kurs und den Anweisungen ihrer Parteileitung zu folgen. Die Partei muß endlich dazu kommen, in ihre Arbeit mehr Planmäßigkeit zu legen. Von den Genossen wird die politische Arbeit und die Fraktionstätigkeit in den überparteilichen Organisationen noch viel zu wenig erkannt und unterschätzt.

Gen. W. Sch. ist der Meinung, daß die vom Gen. M. Sch. propagierte abstrakte Losung: Heraus aus der SPD! auf eine Revision und Korrektur unserer taktischen Linie hinausläuft. Es kommt für uns alles darauf an, die SPD-Arbeiter für unsere politische Plattform zu gewinnen und durch zähe, zielbewußte Arbeit jedes einzelnen im Betrieb, in Gewerkschaft und in jedem Ort in allen Fragen das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. Nur auf diesem Wege wird es uns gelingen, den reformistischen Einfluß zu brechen und die Sammlung aller revolutionären Arbeiterelemente in der KPD zu erreichen.

Gen. H., Zittau, fordert den schärfsten Kampf gegen die ultralinken Tendenzen; die Partei müsse das größte Augenmerk bei allen Fragen darauf legen, daß nicht wieder eine Politik getrieben würde, die sich wie 1923 als verhängnisvoll herausgestellt habe.

Damit schließt die Diskussion. Es erhält nun zunächst Gen. Melcher das Schlußwort und führt folgendes aus:

•

Schlußwort des Genossen Melcher

Von keinem der vielen Diskussionsrednern ist die politische Arbeit im Bezirk kritisiert worden. In der Frage der Behandlung der SPD sind jedoch von Genossen R. und H. Ausführungen gemacht worden, die nicht dem entsprechen, wie wir arbeiten müssen, um die sozialdemokratischen Arbeiter näher an die Partei heranzuringen. Das Leben ist sehr vielgestaltig und läßt sich nicht in bestimmte Formeln einzwängen. So muß auch in der Bearbeitung der SPD unsere Aufgabe viel komplizierter angefaßt werden. Jede einzelne Ortsgruppe der SPD, ja jedes einzelne Mitglied der SPD muß von uns entsprechend den besondern Verhältnissen behandelt werden. Es ist demzufolge falsch, wenn wir in jedem Falle die sozialdemokratischen Arbeiter animieren, daß sie sich als einzelne unter Ausschluß ihrer Parteiöffentlichkeit aus der SPD fortschleichen. Unsere Aufgabe muß darin gesehen werden, entsprechend den jeweiligen Umständen die oppositionellen SPD-Arbeiter und -Funktionäre anzuhalten, daß sie in ihrer Partei die von ihnen selbst als falsch erkannte Tätigkeit ihrer Führung politisch stellen und vor der Masse der SPD-Arbeiter zur Entscheidung bringen. Im Gegensatz zum Genossen R. sieht Genosse Melcher in der Perspektive der Arbeit, insbesondere in der Zeit revolutionärer Zuspitzungen, beispielsweise im Verlauf des nächsten imperialistischen Krieges, die Möglichkeit, daß in der SPD sich breite Mitgliederteile gegen die offizielle Politik der Parteiführung auflehnen und entsprechend ihrer Einstellung eigene oppositionelle Führer hervorbringen werden. Die Schlußfolgerungen, die in der „Internationale" vom Genossen Osten gezogen wurden, daß seit der Spaltung der USPD in Halle die SPD sich niemals mehr spalten könne, weil die jetzige Führergarnitur der SPD insgesamt konterrevolutionär sei, hält Genosse Melcher für unrichtig. Durch unsere jetzigen Formulierungen dürfen wir uns nicht die in der Entwicklung liegenden Möglichkeiten verbauen.

Genosse Melcher wendet sich ferner gegen die Andeutungen des Genossen R., als ob es in Essen und seit Essen in der Partei eine Funktionärgruppe gebe, die sich über die Rolle der Partei im unklaren sei und die in der Beurteilung der SPD die Fehler des Jahres 1923 wiederholen wolle. Wenn derartige Fehler gegenwärtig vorliegen, dann sei es richtig, sie ganz offen auszusprechen und nicht nur Andeutungen zu machen, woraus sich sehr leicht Legenden bilden, durch die unsere Parteiarbeit gehemmt werden kann. Unsere Partei ist nicht nur eine in bestimmten Fragen radikaler als die SPD auftretende Partei. Grundsätzliche, nicht überbrückbare Gegensätze trennen uns von der SPD auf Grund unserer leninistischen Staatsauffassung und in der Frage der Rolle der Partei in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.

Genosse B. sieht nicht den Unterschied, der vorhanden ist zwischen der KPD, die heute noch im kapitalistischen Staate arbeitet, um diesen Staat zu stürzen und der russischen Partei, die als die regierende Partei die Diktatur des Proletariats ausübt, um den wirtschaftlichen Aufbau zum Sozialismus zu führen. Auch wir wollen die 100prozentige Bolschewisierung der Partei. Nicht erreichen können wir dieses Ziel, wenn wir die jetzt noch passiven Mitglieder abstoßen würden. Unsere Aufgabe muß es sein, die Quantität der Mitglieder in Qualität zu verwandeln. Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden, wenn wir die Bolschewisierung der Partei aufs engste mit der praktischen Arbeit verbinden. Die politisch noch unklaren Arbeiter, die in der gegenwärtigen Periode zur Partei stoßen, können als Mitglieder der Partei unbedingt leichter zu bewußten Revolutionären erzogen werden, als jene Arbeiter, die außerhalb der Partei stehen. Demgegenüber kann die russische Bruderpartei als die im Namen der Arbeiterklasse regierende Partei ihre Tore nicht so weit öffnen, als wir sie vor der Machteroberung jederzeit für die deutschen Arbeiter offen halten müssen. So wie die russische Partei in einer jahrelangen Arbeit und schwerster Kämpfe gegen den Zarismus, gegen die russische Bourgeoisie zu jener Partei wurde, die nun vor zehn Jahren die politische Staatsmacht ergreifen konnte, so müssen auch wir im engsten Zusammenhang mit der Tagesarbeit unsere Partei für die Machtübernahme schulen und vorbereiten. In den Leitungen hingegen muß jetzt schon auf revolutionäres Bewußtsein und Handeln des führenden Kaders Wert gelegt werden.

Nur wenn wir als Gesamtpartei die Rolle der Kommunistischen Partei zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in jeder Situation richtig sehen, wenn wir entsprechend der jeweiligen Situation konkret an die Erfüllung unserer Aufgaben herangehen, werden wir über die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren reformistischen und opportunistischen Führern zur revolutionären Massenpartei werden, die Diktatur des Proletariats erobern zum Aufbau des Sozialismus.

•

Schlußwort des Genossen Renner

Genosse Renner gibt zuerst seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Genosse Melcher einen Genossen verteidigt, den er gar nicht angegriffen habe. Diese heftige Verteidigungsrede könne leicht Anlaß zur Schlußfolgerung auf Bindungen geben, die seit dem Essener Parteitag noch bestehen. Genosse Renner unterstreicht nochmals, daß auf dem Essener Parteitag eine Gruppe von Genossen gegen die Schlußfolgerungen der Partei auftraten. Auch jetzt bestehen Bestrebungen, die Beschlüsse des Essener Parteitages zu revidieren. Die Ausführungen des Genossen Melcher bewegten sich hier in einer gleichen Linie. Genosse Melcher wendet sich gegen die Dreiteilung der SPD, in Rechte, solche der Richtung der Leipziger Volkszeitung und Arbeiteropposition. Bezeichnend bleibt, daß er aber trotzdem die gleichen Schlußfolgerungen ziehen muß wie wir. Wir teilen aber nicht die Auffassung, daß nochmals eine organisatorische Spaltung der SPD erfolgt. Die gesamte Entwicklung zeigt das Gegenteil. Abspaltungen sehr wohl. Gewiß wird bei zugespitzter Lage eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter sicherlich mit uns gehen. Die SPD wird zerbröckeln und später zerbrechen. Aber das Herausbilden einer Führergruppe, die dann spaltet, wird nicht erfolgen. Genosse Renner weist auf das Verhalten der „linken" Führer und einer Anzahl Ruhrdelegierter hin. Wo diese wirklich für den Sieg des Proletariats arbeiten, werden sie herausgeworfen. Gerade die sozialdemokratischen „linken" Führer unternehmen alles, um die Massen an einen neuen imperialistischen Krieg zu binden. Das Verhalten der Linken zeigt, daß man auf eine Spaltung nicht zu rechnen braucht. Genosse Melcher hat erklärt, er sei gegen die Differenzierung. Ja, auf dem Essener Parteitag wurde die Gruppe der „linken" Führer, Richtung Leipziger Volkszeitung, von einigen Genossen mit der Arbeiteropposition zusammengeworfen. Das bedingte natürlich eine andere Haltung zu diesen Führern. Dann ständen sie nicht mehr als der Hauptfeind.

Genosse Melcher erklärte, über die Produktionskontrolle und über das Aktionsprogramm müsse man besonders sprechen; hier seien die Differenzen nicht so groß. Aber hier liegt ebenfalls eine wesentliche Entscheidung über unsere Taktik. Auf dem Dresdner NB haben wir darüber besonders gesprochen. Kein Genosse hat sich dort gefunden, der die Auffassung des Genossen Melcher geteilt hätte. Aber von den Genossen, die in dieser Angelegenheit eine andere Stellung einnehmen als die Partei, will man eine opportunistische Verbiegung der Produktionskontrolle. Genosse Renner polemisiert dann noch gegen Genossen Melcher wegen der Frage des Aktionsprogramms und erklärt, es sei sicherlich notwendig, daß darüber noch gesprochen werde. Die Partei werde sich gegen die Maslow und Fischer wenden, aber auch gegen neue brandlerische Anklänge Stellung nehmen.

Zur Diskussion einiger Genossen über die Stellung zur SPD erklärt Genosse Renner dann, es sei klar, daß die Partei nicht die irrsinnige Parole aufstellen könne: „Heraus aus der SPD!" Damit habe man 1923/24 Erfahrungen gemacht. Natürlich dürfe man bei den sozialdemokratischen Arbeitern auch nicht die Meinung aufkommen lassen, die SPD als Partei sei gut, es gilt, sich nur innerhalb der Partei gegen die Führer der Opposition zu stellen. Es gilt, die SPD-Arbeiter auf unsere Linie zu bringen, sie zu veranlassen, daß sie mit uns gemeinsam den Kampf führen. So werden wir die SPD überwinden.

Durch gemeinsame Arbeit aller Parteigenossen werden wir fortschreiten auf dem Wege des Sieges, deshalb mit doppelter Kraft heran an die Arbeit!

Resolution

Die Stellung zur Opposition in der KJ und der KPD

Seit dem Essener Parteitag zeigt sich in der KPD ein unverkennbarer Fortschritt auf dem Wege zur Konsolidierung der Partei. Die Konzentration der Kräfte ist im weiteren Maße erfolgt. Ursache zu dieser innerparteilichen Festigung und Vereinheitlichung ist die richtige Politik der Internationale und ihrer Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der leninistischen Politik der KI. und der KPD hatte die Opposition keine andere revolutionäre Politik entgegenzustellen. Die Opposition zeigt sich überall als der ideologische Ausfluß der Fahnenfluchtstimmungen, die sich aus dem langsamen Gang der weltrevolutionären Entwicklung und den Schwierigkeiten ergibt, die sich beim Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland, beim Abwehrkampf der Sowjetunion gegen die imperialistischen Angriffe zeigen.

In Sowjetrußland zeigt sich die kleine Gruppe der Opposition, die aus Führern ohne Anhang in der Arbeiterschaft besteht, als defaitistisches, zersetzendes Element, das den Glauben an den Aufbau des sozialistischen Staates unterminiert, das die Feinde der Sowjetunion offen unterstützt und den einheitlichen Bestand der proletarischen Diktatur gefährdet. Die Stellung der Opposition in der KPdSU ist die Fortsetzung des alten trotzkistischen Kampfes gegen den Leninismus. Wie bei der Revolution von 1905, bei dem Oktober russland von 1917, beim Vertrage von Brest, bei den Schwierigkeiten von 1923, so zeigt auch jetzt der Trotzkismus, in dessen ideologischen Bann sich jetzt sämtliche anderen Gruppen der Opposition der KPdSU begeben haben, seinen Unglauben an die Politik der KPdSU, insbesondere an der Entwicklung der sozialistischen Elemente der Wirtschaft in der Sowjetunion, an der Richtigkeit der Förderung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern, an die Kraft des Weltproletariats überhaupt.

Das Vorgehen der Opposition in der KPdSU bewegt sich schon lange nicht mehr in dem Rahmen kameradschaftlicher Diskussionen, im Rahmen der KI, sondern trägt den Charakter eines offenen Kampfes gegen die KPdSU und die KI. Die Opposition erstrebt die Errichtung einer Vierten Internationale und neuer, der KI feindlicher Parteien in den einzelnen Ländern. Das Errichten einer Geheimdruckerei, das Heranziehen parteiloser Unterstützung der Maslow-Gruppe in Deutschland, der Souvarine-Gruppe in Frankreich, sowie der parteifeindlichen Gruppen in allen Ländern zeigt, daß die Trotzki-Sinowjew-Gruppe jede innere Bindung mit der Partei Lenins und mit der Politik der Sowjetunion verloren hat. Ohne der Linie der Komintern eine andere revolutionäre Politik entgegenstellen zu können, betätigt sich die Opposition in Verleumdungen der KPdSU und der Diktatur des Proletariats. Das Ekki und ZK der KPdSU haben die Opposition mehrmals aufgefordert, ihre Fraktionsarbeit, ihre Versuche zur Bildung einer trotzkistischen Partei, einzustellen, sich von ihrer parteifeindlichen Linie auf die Linie des Leninismus zu orientieren. Trotz mehrmaligen Versprechungen der Opposition, ihre fraktionelle Tätigkeit einzustellen, hat die Opposition ihr Versprechen nicht gehalten. Mit ihrer fraktionellen Tätigkeit ebnet die Opposition allen parteifeindlichen Elementen die Plattform zum Zusammenschluß und zu Angriffen auf die Sowjetmacht. Angesichts der steigenden Kriegsgefahr werden die Angriffe der Opposition zur direkten Unterstützung des Imperialismus.

Der Bezirksparteitag begrüßt die Maßnahmen des Ekki und der ZKK gegen die Treibereien der Opposition. Der Bezirksparteitag erklärt sein Einverständnis mit dem Beschluß über den Ausschluß der Genossen Trotzki und Wujowitsch als Mitglied bzw. Kandidat des ZK. Der Bezirksparteitag erwartet von dem ZK der KPdSU und vom Ekki, daß sie mit allen Mitteln die Einheit der KPdSU und der KI gegen fraktionelle Treibereien sichern. Die Einheit der KPdSU und des Ekki ist die Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung der imperialistischen Kriegsgefahr und den Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern.

In der deutschen kommunistischen Partei wurde die Opposition durch die richtige Politik der Partei ständig mehr zurückgedrängt und isoliert. Durch die richtige Politik der Partei und die Unmöglichkeit der Opposition, eine andere revolutionäre Politik vorzuschlagen, werden die Reste oppositioneller Ueberbleibsel in der Partei überwunden werden. Die Konsolidierung und Festigung der Partei zeigt sich in der Wiederaufnahme oppositioneller Arbeiter, die bereit sind, die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und durchzuführen. Die leninistische Durchführung des demokratischen Zentralismus (weiteste Heranziehung der Genossen zur Mitberatung und Mitverantwortung, Heranziehung aller Genossen zur Parteiarbeit, disziplinierte Durchführung der Beschlüsse der Parteileitung) wird dieser Konsolidierungsprozeß weiter fördern.

Die Oppositionsgruppen gehen ihrem ständig stärkeren Zerfall entgegen. Die Korsch und Szmaczny sind schon von der politischen Oberfläche verschwunden. Ihr Anhang hat sich zum größten Teil zur Partei zurückgefunden. Eine gleiche Entwicklung zeigt die Maslow-Ruth-Fischer-Urbahns-Gruppe.

Die Führergruppe der Maslow-Fischer-Urbahns-Organisation hat durch fortgesetzte Disziplinbrüche die Ausstoßung aus der KPD provoziert. Die Gruppe treibt eine parteifeindliche, antibolschewistische Politik. Die Bildung einer eigenen Parlamentsfraktion, die Haltung dieser Fraktion (deutsch-russischer Vertrag u. a.), die Herausgabe einer eigenen Zeitung, die Aufstellung einer eigenen Wahlliste in Altona, die Herausgabe einer eigenen Mitgliederkartei, sind der Beweis des Willens zur selbständigen Parteibildung zum Zwecke des Kampfes gegen die KPD und die KI. Das bedeutet objektiv eine Unterstützung des Imperialismus, der Feinde des Proletariats. Die Wiederaufnahme der Führer der Maslow-Gruppe in die Partei ist unmöglich. Zugleich mit der Erklärung der Opposition in der KPdSU über die Aufgabe der fraktionellen Verbindung stellte die Maslow-Ruth-Fischer-Gruppe den Antrag auf Aufnahme in die KI. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Wiederaufnahme schrieb Maslow aber in seiner Zeitung daß die politische Linie der Maslow-Gruppe mit der Linie der KPD unversöhnlich sei. Dieser Widerspruch zwischen dem Wiederaufnahmeantrag und der Feststellung der politisch unversöhnlichen Linien, zeigt die Differenz zwischen den Führern der Maslow-Gruppe und den „parteipazifistischen" Elementen in der Opposition, die nicht eine eigene Maslow-Partei wollen. Die eigenen Anhänger wendeten sich gegen den Kampf gegen die KPD, gegen die Aufstellung eigener Parlamentswahllisten. Diese „parteipazifistischen Tendenzen" (nach Maslow) veranlaßten die Führergruppe Maslow-Fischer, ihr Wiederaufnahmemanöver einzuleiten. Maslow und Ruth Fischer haben ihr Wiederaufnahmegesuch nicht gemacht um die Politik und die Arbeit der Partei zu fördern, sondern (wie sie selbst sagen) um den Kampf um die Eroberung der Partei für die alte Ruth-Fischer-Politik fortzusetzen. Unversöhnlicher Kampf gegen diese Führergruppe ist die Aufgabe der Partei. Demgegenüber müssen alle Parteiinstanzen mit größter Ausdauer und Geduld an der ideologischen Aufklärung und Gewinnung der Arbeiter wirken, die mit dieser Gruppe die Partei verließen oder als deren Anhänger heute noch in der Partei sind.

Der Bezirksparteitag stellt fest, daß neben diesen „linken" Gruppierungen auch Versuche zu verzeichnen sind, die Linie der Partei in opportunistischer Richtung zu ändern. Ein dem Bezirk bekanntgewordenes Rundschreiben eines rechten Funktionärs beweist, daß auch von dieser Seite fraktionelle Angriffe unternommen werden. Auch diese Genossen haben es nicht vermocht, der Linie der Partei eine andere revolutionäre Politik entgegenzustellen.

Auf und nach dem Essener Parteitag zeigten sich Meinungsverschiedenheiten über die „linke" SPD, der Forderung nach einem Aktionsprogramm und der Produktionskontrolle.

Die Haltung der „linken" Führer hat die Beschlüsse des Essener Parteitages, die die „linken" SPD-Führer als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft bezeichnen, im vollen Umfange bestätigt. Ihre vollständige Kapitulation vor dem Parteivorstand zeigt, daß sie, genau so wie die Hilferding, Wels und Co., den revolutionären Kampf der Arbeiter gegen den Bürgerblock und die kapitalistische Gesellschaft überhaupt zu hindern bestrebt sind.

Die Forderung auf Schaffung eines Aktionsprogramms für die Zeit bis zur Eroberung der politischen Macht wurde bereits vom Essener Parteitag abgelehnt ist aber jetzt von einigen Genossen wiederholt worden. Ein Aktionsprogramm erfüllt seinen Zweck nur, wenn es auf eine bestimmte Situation eingestellt ist, zum Zwecke der Auslösung von Aktionen. Die Losungen müssen der konkreten Situation angepaßt sein. Deshalb ist die Aufstellung von Losungen für die Zeit bis zur Machteroberung in ein Aktionsprogramm unmöglich und würde lediglich zu Verwirrungen führen. Insbesondere wäre es falsch, Propagandalosungen, wie z. B. die Losung der Kontrolle der Produktion in Form von „Uebergangslosungen" in der Periode der relativen Stabilisierung zu Aktionslosungen zu machen. Die Propagierung der Produktionskontrolle ist nur möglich in Verbindung mit der Losung der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung des Proletariats und der Arbeiterräte. Wird die Produktionskontrolle als gegenwärtige Sammellosung im Sinne der Materialsammlung und der Enthüllung der Trustpolitik betrachtet, so bedeutet das nichts anderes als die Kompromittierung dieser revolutionären Parole, oder im wirtschaftsdemokratischen Sinne angewandt, eine opportunistische Abweichung von der Linie des Leninismus.

Der Bezirksparteitag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Fraktionsbildung.

Der Bezirkstag betont: auf Grund der Beschlüsse des Essener Parteitages ist die Zusammenarbeit aller ehrlich mit der Partei verbundenen Genossen gegeben. Gegensätzliche Auffassungen über einzelne Fragen können und müssen Gegenstand eines offenen Meinungsaustausches in den Zellen, Funktionärorganen und Parteileitungen sein. Fraktionelle Arbeit zeigt aber, daß man keine Förderung der Partei, sondern einen Kampf um die Partei will. Die Partei wird in geschlossener Zusammenarbeit die antileninistischen Strömungen besiegen.

Die Durchführung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und des Essener Parteitages werden der KPD ermöglichen, die breiten Massen zum Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, zum Siege des Proletariats, zum Siege des Sozialismus zu führen.

Hast Du schon eine Karte zum Roten Pressetag?

Beeile Dich, eine zu erhalten!

Dresden

12. Oktober 1925: Französischer Streik gegen Marokkokrieg und Zölle. Ermordung des Kommunisten Sabatier in Sureines. — **1920: Parteitag der USP in Halle. Spaltung und Anschluß der Mehrheit an die 3. Internationale.** — 1492: Columbus landet auf Guanahani.

Die Freidenker zum Reichsschulgesetzentwurf

Der Unterbezirk Groß-Dresden im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V., Sitz Berlin, hielt am Sonnabend seine fällige Delegiertenversammlung ab, die außer den Delegierten der in dem Unterbezirk zusammengeschlossenen 28 Ortsgruppen von einer großen Zahl Gästen besucht war. Die Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit dem von der Bürgerblockregierung vorgelegten Entwurf zu einem Reichsschulgesetz und legte die Stellungnahme des Unterbezirkes fest. Nach einem Vortrage des Genossen Donath über das Thema „Fallangeln und Fallstricke des Reichsschulgesetzes" wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen und der an anderer Stelle veröffentlichte Aufruf beschlossen:

„Die Vertreter des 8000 Mitglieder umfassenden Unterbezirkes Groß-Dresden im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung lehnen den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf ab und fordern Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens."

Die Entschließung soll dem Reichstag, den Parteien und den Regierungen übermittelt werden. Da die politische Reaktion durch den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf die Schulen den Kirchen ausliefern will, sollen alle Kreise der Bevölkerung zur Abwehr gegen diesen verfassungswidrigen Entwurf aufgerufen und aufgefordert werden, den Kampf mit aller Schärfe zu betreiben. Das mindeste, was jeder freiheitlich Gesinnte sofort durchführen muß, ist: **sofortige Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht und Austritt aus der Kirche!**

Die Versammlung erledigte anschließend eine Reihe organisatorischer Angelegenheiten, nahm den Kassenbericht entgegen und beschloß unter anderem, den Antrag, Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes betr., zurückzustellen, um erst mit der Arbeiterpresse in Fühlung zu treten. Einstimmig wurde beschlossen, der Ortsgruppe Groß-Dresdeen des Bundes der Freidenkerjugend eine Beihilfe zu gewähren. In der Aussprache über den vorliegenden diesbezüglichen Antrag der Arbeitsgemeinschaft Dresden-A.-West wurde vor allem der irrigen Meinung entgegengetreten, daß es sich bei dem Bunde der Freidenkerjugend um eine neue Gründung handele, wodurch Zersplitterung in die Jugendbewegung getragen werde. Es sei vielmehr eine Vereinheitlichung dadurch eingetreten, daß die bisher bestehenden drei Freidenker-Jugendorganisationen (Monistische Jugend, Freigeistige Jugend und Proletarische Freidenkerjugend) jetzt eine Organisation bilden.

•

Freidenker und Reichsschulgesetz. Die Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft Dresden-A.-West im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung befaßten sich in ihrer letzten Sitzung neben organisatorischen Fragen auch mit dem Reichsschulgesetzentwurf und beschlossen einstimmig nachstehende Entschließung:

„Die Arbeitsgemeinschaft Dresden-A.-West im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V., Sitz Berlin, ist empört über die im Reichsschulgesetzentwurf zum Ausdruck kommende Verhöhnung des Volkes. Sie fordert Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens und deshalb Ablehnung des Gesetzentwurfes."

Wie man umgeht — mit Kriegsbeschädigten!

In Dresden besteht eine Fürsorgestelle für Schwerbeschädigte, mit der Aufgabe, Opfer der Arbeit und des Krieges an geeigneten Stellen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Dazu bestimmt das Gesetz u. a.: „Auf 20 besetzte Arbeitsstellen ist ein Schwerbeschädigter einzustellen, weitere 50 besetzte Stellen bedingen einen zweiten Platz für Schwerbeschädigte. Die Beschädigten sind nicht probeweise, sondern fest einzustellen. Nichtmelden solcher Zwangsstellen ist strafbar. Erfolgt Zwangszuweisung, so ist der Beschädigte, unbeachtet, ob er beschäftigt wird oder nicht, zu entlohnen."

Soweit also das Gesetz. Aber Gesetze werden immer da Lücken haben, wo sie gebraucht werden. — Erfahre ich, daß ein Unternehmer 40 Mann beschäftigt und keinen Beschädigten. Da es sich um meine Branche handelt, melde ich dies dem zuständigen Arbeitsvermittler vom Fürsorgeamt. Dort erteilt man mir die drastische Frage: „Haben Sie denn Interesse an dieser Stelle?"

17 Monate gehe ich nun zu diesem „Vermittler", ohne daß ich jemals eine Stelle zugewiesen bekommen hätte. Und nimmt man diesen „Herren" die Arbeit ab, für die sie ja von den Steuergroschen bezahlt werden, dann bedenken sie die Beschädigten noch mit Hohn. Auf mein Drängen wurde mir eine Karte ausgehändigt, ich wurde aber nicht eingestellt, da der Unternehmer nur Leute haben will, die ihm unter Garantie Mehrwert in die Tasche arbeiten. Einen anderen Schwerbeschädigten, welcher auf meinen Protest hingesandt wurde, entließ er nach kurzer Zeit, da derselbe die geforderte Arbeit nicht leistete. Nun erfuhr ich, daß der betreffende Unternehmer dringend einen Zuschneider brauchte. Eine Arbeit, die ich wohl erreichten kann. Sofort verlangte ich eine Karte zu dieser Arbeit. Mit nichtigen Gründen wurde meine Einstellung wiederum abgelehnt. Auf meine Beschwerde bei der Fürsorgestelle sagte man mir: „Ja, das Gesetz hat eben Lücken, und mein Amtsvorstand traut sich nicht, durchzugreifen, er ist zu ängstlich! Wir werden nochmals verhandeln, Sie bekommen dann Bescheid." Der Unternehmer beschäftigt nun bereits 70 Mann und hat noch keinen Beschädigten eingestellt. Die staatlichen Mühlen arbeiten eben langsam, wenn es sich um Gesetzesübertretungen aus Kreisen des Besitzes handelt, und wenn, wie in diesem Falle, als Leidtragende es sich um Proleten dreht, die sind ja das Hungern und Darben gewöhnt! Dem Herrn Amtsvorstand empfehle ich aber, wenn er nicht durchgreifen kann, weil er zu ängstlich ist", stempeln zu gehen, da wird ihm wohl die nötige Courage das notwendige Rechtsempfinden kommen. Auf der anderen Seite wäre es eine dankbare Aufgabe der Betriebsräte, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß die Unternehmer mit den Klassengenossen nicht Schindluder treiben können. Also Augen auf im Kampf gegen Bureaukratie und Unternehmertum!

Die Entwicklung des Deutschen Hygienemuseums

Der Gedanke, in Dresden ein Museum zu errichten, ist nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, erst im Jahre 1911 nach der Internationalen Hygiene-Ausstellung entstanden. Er geht in seinen Anfängen bereits auf das Jahr 1903 zurück, als Lingner sich auf der „Deutschen Städteausstellung" mit einer Sonderschau „Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung" zeigte, wobei die Idee eines Instituts für Hygiene zuerst auftauchte. Nachdem in den Jahren 1905 bis 1907 ähnliche Ausstellungen in München, Frankfurt a. M. und Kiel stattgefunden hatten, gab die zunächst für 1909 geplante, dann aber auf 1911 verschobene Internationale Hygiene-Ausstellung den erneuten Anstoß zur Errichtung eines Hygiene-Museums. Abgesehen von einem prachtvollen Material und einem baren Ueberschuß von rund 1 000 000 Mk. war so der Grundstock für ein Hygiene-Museum geschaffen.

An eine Tätigkeit außerhalb Dresdens war zunächst nicht gedacht. Erst durch die allgemeine Aenderung der Finanzlage wurde, um das Unternehmen nicht vollständig stillegen zu müssen, das technische Personal in eine Lehrmittelwerkstatt zusammengeschlossen, Duplikate von Schaustücken zum Verkauf hergestellt, und versucht, besonders das Ausland für den Verkauf zu interessieren. Konnte man 1918 noch als Zuschüsse insgesamt 85 000 Mk. in Goldwert buchen, so standen diesen Eingängen 1923 ganze 7,33 Mk. in Goldwert gegenüber. Reich, Staat und Stadt leisteten im Jahre 1924 wieder feste Beiträge, die zusammengerechnet den Friedensbetrag nicht im entferntesten erreichten. Aus einem nur in Dresden geplanten Hygiene-Museum ist so das Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege entstanden, dessen Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Krönung des Museumsgedankens soll aber die Tätigkeit der Hygiene-Akademie werden, die die Auswertung der Schausammlungen durchführen soll. Diese Tätigkeit wird allerdings in dem gewünschten Ausmaß erst dann möglich sein, wenn der Museumsbau vollendet ist. Nicht weniger als 17 verschiedene Plätze im Bereich der Stadt Dresden sind im Laufe der Jahre auf ihre Geeignetheit für den Museumsbau untersucht worden. Man hat sich schließlich auf den schönsten, in Dresden für das Hygiene-Museum überhaupt möglichen Bauplatz geeinigt, nämlich das Gelände der Sekundogenitur.

Die Gliederung der Schausammlungen im Museums-Neubau.

Das Bild des Deutschen Hygiene-Museums ist in wesentlichen Zügen von dem verschieden, was Lingner und seinem Mitarbeiter anfangs vorgeschwebt hat. In seiner Denkschrift ging Lingner von der Annahme aus, daß ein Gebäude von mindestens 6000 Quadratmeter Grundfläche mit 3 Stockwerken errichtet werden sollte, also zusammen mit 18 000 Quadratmeter, von denen die Sammlungen 12 000 einnehmen sollten. Der jetzige Bau sieht 6000 Quadratmeter Sammlungsfläche vor, wovon 1000 Quadratmeter für wechselnde Sonderausstellungen vorgesehen sind. Auch inhaltlich ist eine Wandlung eingetreten. Große Tatsachengebiete sind neu hinzugekommen, erinnert sei nur an den Anfang der Abteilung „Soziale Fürsorge" auf der Gesolei, die 1911 kaum andeutungsweise vorhanden war, ebenso die Fortschritte in der Ausstellungstechnik.

Im Mittelpunkt des Museums

wird wiederum die geschlossene Sammlung „Der Mensch" untergebracht, hieran wird sich ein kleiner Sonderbau für den „Durchsichtigen Menschen" angliedern. Die übrigen Gruppen verteilen sich auf die seitlichen und rückwärtigen Flügel im ersten und zweiten Stock. Im Erdgeschoß zunächst Ernährung (in der auch die Verdauungs- und Ausscheidungs-Organe mit abgehandelt werden), Allgemeine Körperpflege (Haut und Hautpflege, Gesundheitspflege im täglichen Leben, Kleidung), Leibesübungen. Ferner alles, was mit der kommenden Generation zusammenhängt: Vererbung und Rassenhygiene, weiterhin die Fortpflanzungstätigkeit, besonders der Frau (Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, Frauenkrankheiten), Säuglingspflege.

Im Obergeschoß werden untergebracht die Gruppen: Hygiene in ihren Grundlagen, Methoden und ihren Hilfsmitteln mit Anschluß der hygienischen Volksbelehrung, Gesundheit und Krankheit, Wohnung und Siedlung, Arbeits- und Gewerbehygiene, sowie verschiedene andere Gruppen, die sich in bisher eingeführten Abteilungen nicht einfügen ließen, wie beispielsweise Tropen-Hygiene.

Deutlich von den übrigen Sammlungsreihen abgeschlossen wird eine 1000 Quadratmeter große Fläche für Sonderausstellungen reserviert werden, in der einzelne Gruppen jeweils ausführlich gezeigt werden, die dann von hier aus ihre Wanderung in das Deutsche Reich antreten.

An die Arbeiterschaft Groß-Dresdens!

Der von der Bürgerblockregierung vorgelegte Entwurf zu einem Reichsschulgesetze und die Begründung dazu bedeuten eine Verhöhnung des Volkes. Der Entwurf ist ein Werk der schwärzesten Reaktion, die treibenden Kräfte sitzen in den Kreisen des Zentrums und der Kirche.

Der Entwurf zerschlägt das Schulwesen und verhindert die einheitliche Entwicklung. Er liefert die Volksschule und mit dieser die Proletarierkinder der mächtigsten Stütze des Kapitalismus, der Kirche, aus. Die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens wird unmöglich gemacht, die Lehrerschaft krassester Gewissensknechtung unterworfen. Leistungsfähige Volksschulen werden in leistungsschwache Zwergschulen zerschlagen. Die staatliche Schulhoheit wird aufgegeben. Den Gemeinden werden ungeheure Kosten aufgebürdet.

Dieser Entwurf ist ein Verbrechen an der Volksschule und an der Arbeiterschaft, er darf deshalb niemals Gesetz werden!

Wir fordern die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schul- und Erziehungswesens!

Gegen den Entwurf kann es nur den schärfsten Kampf geben, der sich vor allem gegen die politisch organisierten Mächte der Kirche richten muß!

Die Schule ist eine politische Angelegenheit, der Kampf gegen den Entwurf ist ein Kampf um politische Ziele!

Sofortige Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, Massenaustritte aus der Kirche, das ist das mindeste, was die Arbeiterschaft tun muß, um gegen die Verhöhnung zu protestieren, die in dem Gesetzentwurfe zum Ausdruck kommt.

Wer die Freiheit liebt, muß mit uns kämpfen!

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Unterbezirk Groß-Dresden.

Jugend heraus!

Donnerstag den 20. Oktober veranstalten die Rote Jungfront, Abt. 2, und der KJVD., Gruppe Friedrichstadt und Altstadt, im Bellevue, Waltherstraße, eine öffentliche Kundgebung. Der Eintrittspreis beträgt 15 Pf. Anfang 19,30 Uhr. Junge Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint restlos!

Sie haben einen Ehrenmeister

Die Schlosserinnung hat den Finanzminister Weber zum Ehrenmeister ernannt. Weshalb, wissen die ehrbaren Spießer wohl selber nicht. Bisher hat die Wirtschaftspartei von ihren Versprechungen nichts gehalten. Dafür bringt Weber 100 Millionen Defizit angeschleppt. Wirklich: eine Tat, für die man „Ehrenmeister" werden kann!

Mord und Selbstmord wegen Schikanen der lieben Nachbarn?

Am Sonnabend vergiftete die Frau des Buchdruckers H., Bärensteiner Straße, sich und ihren sieben Jahre alten Sohn durch Gas. Der Grund zu diesem Verzweiflungsschritt dieser Mutter ist in den jahrelangen Schikanen der mit in der Siedlung des Dresdner Spar- und Bauvereins wohnenden Familien bzw. Frauen zu suchen, die nichts unversucht ließen, die Familie aus der Siedlung zu vergreulen, worin in letzter Zeit sogar der Vorstand des Spar- und Bauvereins subjektiv, nicht objektiv eingriff. Der Ehemann und Vater des Kindes befand sich zur Zeit der Tat in der Heilstätte Gottleuba, wohin ihm die Tatnachricht durch die Polizei gesandt wurde.

Verloren. Am Sonntag mittag ist im Rest. Schirmer, Fischhofgasse, eine Aktentasche liegen geblieben. Wir bitten die Tasche abzugeben bei Schirmer, Fischhofgasse, oder in der Arbeiterstimme.

Straßenbahnnachrichten. Nachtwagenumleitungen und Umsteigen in der Nacht zum 13. Oktober, von 1 bis 4,30 Uhr früh: **Umleitungen:** Linie 2: zwischen Marstraße und Stübelplatz über Könneritz-, Ammon-, Wiener, Lennéstraße. Linie 10: zwischen Marienbrücke und Falkenbrücke über Könneritz- und Ammonstraße. Linie 18: zwischen Marstraße und Sachsenplatz über Könneritz-, Ammonstraße, Hauptbahnhof, Prager, Waisenhaus-, Johannesstraße. Marschallstraße. Linien 19, 20 und 22: zwischen Großmarkthalle und Pirnaischer Platz über Weißeritz-, Könneritz-, Ammonstraße, Hauptbahnhof, Prager, Waisenhaus-, Johannesstraße. **Umsteigen:** Linie 6: am Postplatz, zwischen Schauspielhaus und Breite Straße. Linien 7 und 15: am Postplatz, zwischen Taschenberg und Hauptpostamt.

Volkshochschule. Sonntag den 16. Oktober: Dr. Herbert Schneider: Seifersdorfer Tal (letzte Herbstwanderung). Treffen: Endpunkt der Straßenbahn Linie 7 in Klotzsche um 8 Uhr früh.

•

Schauburg

ein neuer Musentempel.

In den letzten Monaten und Jahren sind zahlreiche Kinos, Lichtspieltheater usw. in Dresden entstanden. Große und kleine verschiedene Genres öffneten ihre Hallen dem Publikum. Jetzt geht ein neuer Bau seiner Vollendung entgegen: Schauburg. Ein moderner Bau an der Ecke Königsbrücker Straße und Bischofsweg. Fieberhaft wird gearbeitet an der Vollendung. Vorläufig ist zu schauen, wie emsige Hände, Maler, Tischler, Tapezierer, Lichtmonteure, Maurer und Handarbeiter die Burg fertigstellen. Wie in einem Ameisenhaufen, emsig, wird geschafft. Bei allem Hämmern der Handwerker spielt die Schauburg-Kapelle und hält ihre Proben ab. Bald wird der Streifen über die weiße Leinwand gehen und das Schauen geht los.

Kulturbund für Arbeiterbildung Coßmannsdorf, Hainsberg, Somodorf. Meunier, der belgische Bildhauer und Maler, soll im Lichtbild und in Dichtungen den Arbeitern nahegebracht werden. Meunier ist der Darsteller des Arbeiters in seinem schweren Beruf. Sein „Denkmal der Arbeit" durfte nicht aufgestellt werden, weil es zu revolutionär war. Wir weisen jeden Genossen darauf hin, die vom Kulturbund veranstalteten proletarischen Feierstunden zu besuchen, um den Bund und seine für unsere Bewegung so notwendige Bildungsarbeit zu unterstützen. Die Veranstaltung findet heute, Mittwoch, 12. Oktober, 20 Uhr, in der Turnhalle Coßmannsdorf statt. Eintritt 25 Pf. Erwerbslose frei.

•

Neues Selbstanschlußamt. Am 15. Oktober wird in Neustadt (Sachsen) ein neues Fernsprech-Selbstanschlußamt in Betrieb genommen. Von diesem Tage an gelten die im amtlichen Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Dresden unter Neustadt (Sachsen) in eckigen [ ] Klammern angegebenen dreistelligen Rufnummern.

Rundfunk

Donnerstag den 13. Oktober:

16,30—18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters.
18,05—18,20 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
18,20—18,30 Uhr: Steuerrundfunk.
18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Eyseren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
19—19,30 Uhr: Staatsanwalt Dr. Hans Flothow: „Was der Laie über die Zeugenaussage vor Gericht wissen muß."
19,30—19,55 Uhr: Dr. Fritz Mohr-Halle: „Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung."
19,55 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
20 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater in Weimar: „Die Regimentstochter."
22,15 Uhr: Funkpranger.
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22,30 Uhr: Funkstille.

•

Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Dresden. Alle Geräte, die außer Konkurrenz ausgestellt werden sollen, müssen Donnerstag den 20. oder Freitag den 21. Oktober abgeliefert werden. Das Bastelheim ist für Auskunft und Beratung täglich ab 17 Uhr geöffnet. Wir bitten alle Funkgenossen, intensiv am Gelingen der Ausstellung mitzuwirken. — Die neuen Vereinsabzeichen sind eingetroffen und in der Geschäftsstelle zum Preise von 0,50 M. zu haben.

Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Meißen. Monatsplan für Oktober. 13. 10.: Auf der Fehlersuche in der Empfangsanlage (Hänsel). 20. 10.: Diskussionsabend (Jähn). 27. 10.: Die Batterien und ihre Behandlung (Hänsel). Zur Vorbereitung für unsere vom 12. bis 14. November 1927 stattfindende Ausstellung finden bis auf weiteres Dienstags und Freitags von 18 bis 19 Uhr Beratungsstunden beim Funkfreund Hänsel, Hafenstraße 9, Sout. statt. Unsere Abende finden jeden Donnerstag, 19,30 Uhr, im Vereinshaus (Weintraube), Hafenstraße, statt, zu denen wir alle Radiohörer und Interessenten einladen. **Auskünfte und Beratungen kostenlos auch an Nichtmitglieder.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Aus Ostsachsen

Die scharfmacherische Gemeinde Kötzschenbroda

Einen interessanten Einblick, wie die Gemeindeverwaltungen unliebsame Elemente aus den städtischen Betrieben zu entfernen suchen, gab eine kürzlich vor dem Arbeitsgericht stattgefundene Verhandlung.

Schon seit Jahren versuchte die Leitung des Kötzschenbrodaer Wasserwerkes den Genossen Pieper zu entlassen. Vor einem Jahre war ihm bereits gekündigt. Damals wurde vor dem Gewerbegericht ein Vergleich geschlossen, wonach die Gemeindeverwaltung sich verpflichtete, Pieper, sobald für ihn keine Arbeit im Wasserwerk vorhanden sei, in einem anderen städtischen Betrieb unterzubringen.

Am 8. September d. J. bekam er plötzlich gekündigt, und alle Versuche, die Kündigung rückgängig zu machen und P., wenn nicht anders möglich, in einem anderen städtischen Betrieb unterzubringen, scheiterten. Wieder mußte Pieper vor das Arbeitsgericht gehen.

Die Verhandlung vor demselben ergab ganz einwandfrei, daß man es hier mit einer Maßregelung zu tun hatte. Direktor Weichert versuchte die Entlassung mit durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zu begründen. An der Arbeit des Gen. P. vermochte er beim besten Willen nichts zu bemängeln. „Es sei wirklich keine Arbeit." Von den als Zeugen anwesenden Gemeindeverordneten, sowie von Gen. Pieper wurde demgegenüber festgestellt, daß Arbeit bei den einzelnen Straßenbauten da ist! Erst in den allerletzten Tagen noch habe man Neueinstellungen vorgenommen, darunter einen Siebzehnjährigen.

Brutal wie Unternehmer.

Das wahre Gesicht der Entlassung sieht man erst, wenn man bedenkt, daß P., der drei Jahre im Betrieb ist und vor einiger Zeit nicht durch seine Schuld im Betrieb verunglückte, entlassen werden soll und zu gleicher Zeit andere Arbeiter, insbesondere jüngere, eingestellt werden. So sieht die Menschenfreundlichkeit dieser Herrschaften in der Praxis aus!

Nach längeren Verhandlungen sucht der Vorsitzende einen Vergleich herbeizuführen. Direktor Weichert bot sofort 2½ Wochen Lohn an und ging später bis auf 250 Mark. Auf dieser Grundlage wurde dann auch der Vergleich geschlossen. Daß Direktor Weichert von 2½ Wochen Lohn bis auf 250 Mark ging, zeigt, daß er sich selbst durchaus bewußt war, wie schlecht es um seine Sache bestellt sei. Bezeichnenderweise hatte das Gericht den Vergleich vom Vorjahr gar nicht herangezogen. Dabei steht doch fest, daß das Verhalten des Direktors Weichert „gegen die guten Sitten" verstößt. Das Ganze zeigt wieder einmal, wie die Gemeinden bestrebt sind, es nicht nur den größten Scharfmachern gleichzutun, sondern sie noch zu übertreffen! Durch den Vergleich darf die Sache auf keinen Fall als erledigt gelten. Dem Scharfmacher Weichert aber sollen die Arbeiter beizeiten für sein rigoroses Vorgehen die wohlverdiente Quittung ausstellen.

Meißen. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, E. V., Ortsgruppe Meißen, bringt am Freitag den 14. Oktober, 20 Uhr, im Saale der Geipelburg als erste Veranstaltung in diesem Winterhalbjahr das große Filmwerk „Die Hexe" zur Vorführung. Die Geschichte des Hexenwahnes ist für alle Zeiten eine der ungeheuerlichsten und gräßlichsten Abschnitte der Menschheit gewesen. Vom 13. bis 18. Jahrhundert sind gegen 9 Millionen Menschen, in der übergroßen Zahl Frauen, als Hexe oder Hexenmeister angeklagt, unmenschlich gefoltert und bei lebendigem Leibe verbrannt worden. Weitere Hunderttausende sind verdächtigt, verfolgt und eingekerkert worden. — Dieses kulturhistorische Filmwerk des Mittelalters, welches in allen größeren Städten Deutschlands vorgeführt wurde, muß ein jeder gesehen haben, deshalb wird ein Massenbesuch der Meißner Arbeiterschaft erwartet. Jugendlichen ist der Zutritt nicht gestattet. Eintritt inkl. Steuer 50 Pf.

Meißen. Die hiesige Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit schreibt uns: Wir warnen alle Arbeitsinvaliden und proletarischen Kriegsopfer Meißens und Umgegend vor dem aus unserer Organisation wegen organisationsschädigenden Verhaltens ausgeschlossenen Kriegsbeschädigten Max Riesling, Martinstr. 6. Derselbe steht in keinerlei Verbindung mehr mit unserer Organisation.

Folgenschweres Kinderspiel

Wilsdruff. Am Sonntag vergnügten sich einige Kinder damit, die beim Elektrizitätswerk liegenden Feldbahnschienen zusammenzusetzen und mit einer Lori darauf zu fahren. Dabei geriet der 11jährige Erich Spindler unter dieselbe und erlitt einen komplizierten Schienenbeinbruch, d. seine Ueberführung ins Krankenhaus nach Meißen notwendig machte.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Mohorn. Tod durch Elektrizität. Bei Arbeiten an der Starkstromleitung kam der Telegraphenarbeiter Grumbelt aus Somsdorf dem Draht zu nahe und wurde sofort getötet.

Heidenau. Tödlicher Unfall. In einem Molkereibetriebe kam am Montag vormittag der dort beschäftigte 24 Jahre alte Molkereigehilfe Max Sulkowsky mit der Starkstromleitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Freier Männerchor, Dresden

Achtung!

Soermus spielt!

Freitag, den 14. Oktober 1927, im Ballhaus, Dresden-Neust., Bautzner Straße

---

Schulschluß wegen spinaler Kinderlähmung

Coswig. Zufolge Auftretens spinaler Kinderlähmung ist die hiesige Schule auf drei Tage auf bezirksärztliche Anordnung geschlossen worden.

*

Struppen. Donnerstag den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, beginnt in der Schule ein Anfängerkursus zur Erlernung der Welthilfssprache Esperanto. Die Kosten betragen ungefähr 4 Mark pro Person. Alle diejenigen, welche Lust und Interesse für die internationale Verständigung haben, sind herzlichst willkommen.

Zur Kur in Sowjetrußland

Kislovodsk, am 26. Sept. 1927.

Von Leningrad reisten wir am 14. September nachts 23,30 Uhr nach Moskau. Ein mehrstündiger Aufenthalt führte uns zunächst im Kraftomnibus zum Volkskommissar für Gesundheitswesen seit 1918, Semaschko, und nach einer Rundfahrt durch die Stadt zum Bahnhof.

Nachmittags ging es weiter, gen Süden. Ueber Tula, Kursk kamen wir nach Charkow, der Hauptstadt der Ukraine mit 400 000 Einwohnern. Nach einer halben Stunde Aufenthalt eilte der Zug unermüdlich weiter zum Süden bis Tagenrog — eine alte griechische Siedlung —. Von hier fuhren wir teilweise am Ufer des Schwarzen Meeres entlang, östlich bis Rostow am Don. Ganz unerwartet begrüßen uns die Arbeiter dieser Stadt mit 2 Musikkapellen und zahlreichen Fahnen. So verrann gar rasch der viertelstündige Aufenthalt.

Die ganze Nacht — die dritte hintereinander im Zug — durchquerten wir das Kubangebiet, um am Morgen die kaukasische Steppe erreicht zu haben. Während der Fahrt sahen wir, gleißend in Schnee und Sonne, den alles überragenden Elbrus. Etwa gegen 10 Uhr erreichten wir die Mineralwasserstadt Mineralnowodsk. Auch hier hatten sich recht viel Delegierte der Betriebe sowie sonstige Arbeiter und Bauern zum Empfang eingefunden. Der Rat der Stadt entbot uns Gruß und zahlreiche Wünsche. Ein kräftiges — allzukräftiges — Frühstück harrte der Vernichtung. Wir waren jedoch Schwächlinge, kaum die Hälfte konnten wir vertilgen.

In der Kleinbahn rollten wir höher und weiter in die kaukasischen Berge, bis zur Endstation.

Hier in Kislovodsk wurden wir mit Wagen und Pferd in das Sanatorium Lenin gebracht. Saubere Betten, hilfreiche Schwestern und sehr tüchtige praktische Aerzte empfingen und behandelten uns. Nach zwei Tagen Erholung von der Reise und Beruhigung setzte die Kur ein. Mir ist verordnet worden jeden zweiten Tag ein Narsan-Bad. Narsan ist stark eisen- und kohlensäurehaltiges Wasser, das in der ganzen Umgebung aus zahllosen Gesteinsfalten aus der Tiefe des Erdinnern entspringt. In der ganzen Welt gibt es nicht so hochprozentiges mineralhaltiges Wasser wie hier im Kaukasus. Weiter werde ich jeden zweiten Tag durch eine Dusche am ganzen Körper abgespritzt. Nach periodenmäßig bestimmten Wendungen plantscht das temperierte Wasser durch einen vom Bademeister seitlich geführten Strahl von oben nach unten und umgekehrt an den ganzen Körper heran. Ferner wird der Kopf elektrisch behandelt, daß die aus der Heimat mitgebrachten starken Kopfschmerzen vertrieben wurden.

Außerdem wurden Herz, Lunge und die übrigen inneren Organe mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, so daß das prüfende Auge des Professors und eines weiteren Arztes etwaige Mängel der inneren Organe in der Funktion, also bei der Arbeit, feststellen und durch die Heilbehandlung beseitigen kann. Im übrigen sind von jedem Patienten Harnuntersuchungen vorgenommen und Blutproben durch das Laboratorium untersucht worden. Tägliche Pulszählungen sowie Fiebermessungen kontrollieren den Heilprozeß.

Wir haben als Kranke sehr viel Freiheiten. Zunächst dürfen wir uns selbst das Mittag- sowie Abendessen bestimmen. Eine Auswahlkarte — ins Deutsche übersetzt — kursiert herum, und jeder Patient schreibt seine Wünsche auf seine Platzkarte. Die Zeiten für die Prozeduren müssen allerdings eingehalten werden. Darüber hinaus können wir in die Berge steigen oder im Park mit allen Kurgästen oder in der Stadt spazieren gehen usw. Spätestens 22,30 Uhr müssen alle Patienten im Sanatorium zurück sein.

Gestern, am Sonntag, hatten wir einen ganz besonders schönen Tag. Die Aerzte hatten die Kranken ausgesucht, die sich an einem Tagesausflug beteiligen konnten. Etwa 8,30 Uhr fuhren wir in 8 Wagen mit je 2 Steppenpferden aus der Stadt hinaus. Nach etwa 2 Stunden erreichten wir den Endpunkt, bis zu dem gefahren werden konnte. Noch eine knappe halbe Stunde, und wir waren an den Honigwasserfällen. Im Nu lagen die Sandalen in einer Felsenecke, die Strümpfe dazu. Die Frauen trugen die Röcke hoch und plantschten im Bergbach. Wir Männer streiften die Hosen hoch und gondelten von Stein zu Stein ins Wasser hinein und hindurch, unter die tosenden Wasserfälle. Das war für alle ein Fest reiner und unverdorbener Freude.

Wagehalsige kletterten die Felsen hinauf und krochen immer höher zu den Bergkuppen empor. Von dort oben jauchzten und jodelten sie, badeten unbekleidet in der Sonne und schlugen über der zusammengerafften Heuernte Purzelbäume wie noch nie. Von dort oben labte sich das Auge an den scharfen Linien der gigantischen kaukasischen Höhenzüge. Bekanntlich ist der Kaukasus vulkanischen Ursprunges. Mühselig hält sich das dort um sein Dasein ringende Leben am Eruptionsgestein. Man sieht keinen Baum und keinen Strauch auf den Höhenzügen dieses Gebirges. Nur Gras und Alpenblumen wachsen auf den unendlichen Gefilden. Der Blick reicht bis hinunter über Kislovodsk nach Pjatigorsk und hinauf zu den beiden eis- und schneebedeckten Gipfeln des Elbrus. Diese strahlenden „Brüste der Jungfrau" ragen in die Einsamkeit der gesamten Gebirgskette 5600 Meter gen Himmel. Nur wenige Bergsteiger haben diesen Steinriesen bezwungen.

Zum Abend, die Sonne sank immer tiefer, ging es zu den Pferden und Wagen zurück. Die Nacht war schon hereingebrochen, als wir unversehrt und in der herrlichsten Stimmung zu Hause ankamen. Einhellig war die Meinung aller Teilnehmer am Ausflug, daß dieser Tag einer der schönsten in unser aller Leben gewesen war.

Die „A-I-Z" heute neu!

Aus der Oberlausitz

Kommunistenhetze

Bautzen. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hatten unbekannte Täter die in den Schilleranlagen stehende Ebert-Eiche umgebrochen, so daß sie am andern Tage ganz entfernt werden mußte. Wenn auch wir uns nicht für Ebert begeistern können, der bekanntlich die Reichswehr auf uns sächsische Arbeiter losmarschieren ließ, ebensowenig werden wir für eine solche sinnlose wie rohe Handlungsweise sein. Die Polizei Försters natürlich versuchte, den bösen Kommunisten die Schuld zuzuschieben. Im Polizeibericht heißt es, nachdem die Tat geschildert worden ist: „Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, daß in derselben Nacht in dem betreffenden Stadtteil kommunistische Flugblätter angeklebt worden sind" — — und weiterhin wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Täter in unseren Reihen zu suchen sind. Selbstverständlich! Denn Försters Polizei ist nichts zu dumm, als daß man es uns nicht zutrauen könnte. Man versucht auf alle Art und Weise, uns als die geborenen Verbrecher hinzustellen. Nun hat aber die Schandtat doch ihre Aufklärung gefunden. Zwei hiesige Nationalsozialisten, welche mit Gesinnungsgenossen bis in die späte Nacht gekneipt hatten, haben beim Weggehen ihr Vorhaben erzählt. Sie kamen zur Anzeige und wurden als zwei kaufmännische Angestellte einer Bautzener Firma ermittelt. Sie sollen ihrer Strafe entgegensehen, wenn sie bis dahin nicht schon amnestiert sind.

Der rote Teufel.

Die Grube „Olba" wird stillgelegt?

Bis Donnerstag abend konnte der verheerende Brand des unterirdischen Flözes der Grube Olba eingedämmt werden. Die Bekämpfung des Feuers hatte Fortschritte gemacht. In der darauffolgenden Nacht trat jedoch ein Rückschlag ein. Temperaturen von 50 und 60 Grad, sowie dicke Rauchschwaden machten eine Bekämpfung des Feuers unmöglich. Deswegen wurden die Wehren zurückgezogen. Andere Möglichkeiten, als das Feuer durch Wasser zu bekämpfen, bestanden nach Lage des Brandherdes nicht. Jetzt werden nur noch Bergungsarbeiten des Materials vorgenommen.

260 Bergarbeiter sollen entlassen werden!

Obwohl die Kohlenvorräte der Grube Olba bei weitem noch nicht erschöpft sind und ein Antrieb neuer Kohlenflöze möglich ist, will die Leitung trotzdem die Grube stillegen. Der Antrieb neuer Flöze kostet Geld — die Aktionäre wollen wohl die Gewinne einstreichen, aber Geld ausgeben nicht. Was kümmert es sie, wenn 260 Bergarbeiter aufs Straßenpflaster fliegen?

Verkehrsunfall

Demitz-Thumitz. Am Sonnabend abend wurde auf der nach Bautzen führenden Staatsstraße der 51jährige Arbeiter Emil Jähne von einem Kraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er nach dem Bautzener Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Dittelsdorf. Am 5. Oktober fand die zweite öffentliche Schulausschußsitzung in Wauers Gasthof statt. Trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung (Reichsschulgesetzentwurf) war nicht ein einziger Zuhörer erschienen. Zum ersten Punkt „Das neue Schulgesetz" (von Keudell) erläuterte der Vorsitzende Bürgermeister Stärz die Auswirkung des Gesetzes auch in unserer Gemeinde, und im Interesse der Allgemeinheit schlug er vor, selbiges abzulehnen. In der Diskussion erwähnte ein Lehrer (bürgerlich), daß es Schuld der Sozialdemokratie sei, wenn wir jetzt vor einem solchen Gesetz stehen, denn hätte die Sozialdemokratie 1918 die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt, dann wäre es anders. Das Gesetz wurde einstimmig abgelehnt. Bürgermeister Stärz (SPD) erkannte an, daß die Schul- und Religionsfragen in Rußland besser geregelt seien und die Kirche keinen Einfluß auf die Schule hätte. Genosse Schatz beantragte, eine Einwohnerversammlung einzuberufen und einen Referenten über den Gesetzentwurf sprechen zu lassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen unter der Voraussetzung, im Interesse sämtlicher Eltern der Gemeinde einen Schulfachmann darüber sprechen zu lassen. Der zweite Punkt, Neuregelung des Schulbetriebes, wird dahingehend geregelt, daß die Mindeststundenzahl erreicht wird und den Schülern voll zugute kommt. Es wird aus diesem Grunde die sechsklassige Schule eingeführt.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Alle Stadtteilleiter müssen sofort Flugblätter von der Druckerei, Güterbahnhofstraße 2, abholen.

Achtung! Kommunistische Gemeindevertreter des 5. Bezirkstagswahlkreises und die Ortschaften Hänichen, Wilmsdorf, Possendorf Sonntag den 16. Oktober Punkt 9 Uhr im Gasthof Gappeln Gemeindevertreterkonferenz. Kein Vertreter darf fehlen, da wichtige Tagesordnung.

Mittwoch den 12. Oktober:

Bautzen. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, 19,30.

Donnerstag den 13. Oktober:

Stadtteil 1. Straßenzellen A, B, C. Zellenversammlung im Brandenburger Hof, 19,30 Uhr.

Reick. Mitgliederversammlung im Gasthof Reick, 19,30 Uhr. Bericht vom Bezirksparteitag.

Cossmannsdorf. Mitgliederversammlung im Gasthof zum Rabenauer Grund. Bericht vom Bezirkstag.

Dohna. Ortsgruppenversammlung im Schneidemühlengrundstück 19,30 Uhr. Bericht vom Bezirksparteitag.

Demitz-Thumitz. Oeffentliche Versammlung im Gasthof Schramm, 17,30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag den 13. Oktober:

Altstadt. Versammlung bei Milek, Fischhofplatz, 19,30 Uhr.

Roter Frontkämpferbund

Achtung! Verkaufszeitungen sofort im Bureau abholen. Reichstreffenbilder wieder eingetroffen.

Mittwoch den 12. Oktober:

Kapelle Neustadt. 19,30 Uhr Uebungsabend Vereinshaus Pieschen.

Ortsgruppe Königstein. 20 Uhr Versammlung im Albert. Pflichtdienst.

Donnerstag den 13. Oktober:

Tambourzug Groß-Dresden. 19,30 Uhr Uebungsstunde im Bürgergarten. Kameraden, die Interesse für Tambourzug haben, können sich melden.

Abteilung 2. Abteilungsführung mit den Zugführern 19,30 Uhr im Heim.

Ortsgruppe Dohna. 19 Uhr Versammlung im Sportheim. Mitgliedsbücher mitbringen.

Rote Jungfront

Achtung! Referenten sind nur bei der Gauführung zu bestellen.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Donnerstag den 13. Oktober:

Abtlg. 8. 19,30 Uhr Gruppenabend im Rest. Schimm, Dreikönigskirche. Gen. Olga Körner wird aus dem Buche des Gen. Höllein vorlesen. Mitgliedsbücher mitbringen. Gäste willkommen.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker

Donnerstag den 13. Oktober:

Gruppe Friedrichstadt. 19,30 Uhr Versammlung im Brandenburger Hof. Ref. Gen. Ostheimer.

Genfer Arbeitsgemeinschaftsamt in Berlin

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist der Einladung der deutschen Regierung gefolgt und hält seine 57. Tagung vom 10. bis 15. Oktober in Berlin ab.

Durch den Teil 13 des Friedensvertrages von Versailles wurde die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) mit dem Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf geschaffen. Die Internationale Arbeitskonferenz (IAK), deren 10. Tagung im Mai/Juni dieses Jahres in Genf stattfand, setzt sich zusammen aus je zwei Regierungsvertretern und je einem Unternehmer- und Arbeitervertreter der augenblicklich angehörenden 55 Mitgliedstaaten. Dem Verwaltungsrat (VR) gehören 12 Regierungsvertreter sowie je sechs Vertreter der Unternehmer und Arbeiter an. Es ist nach der Aeußerung des Direktors des IAA, des Sozialdemokraten Albert Thomas, das Kontrollorgan des Direktors.

Aufgaben und Ziele des IAA, das mit seinen Organen so wie der Völkerbund aufgebaut ist, werden klar und eindeutig am besten von **Bronnereiter**, dem Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, charakterisiert.

„Sodann (bestimmte die Schaffung des IAA Die Red.) politisch und sozial die Ueberlegung, daß dem ständig wachsenden Druck der durch die Kriegsnotwendigkeiten schwer mitgenommenen Arbeiterschaft aller Länder auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen schon aus Gründen der Anerkennung der im Kriege gebrachten Opfer, aber auch deswegen nachgegeben werden müsse, weil man hierdurch der unter dem Einfluß Moskaus ständig zunehmenden und unmittelbar nach dem Kriegsschluß allen europäischen Staaten besonders bedrohlich erscheinenden Radikalisierung vorbeugen wollte." (Vossische Zeitung vom 8. Oktober 1927.)

Die bisherige Tätigkeit des IAA hat sich dementsprechend gestaltet. Sie erstreckte sich im wesentlichen darauf, die Regierungen der angeschlossenen Länder zur Ratifikation von sozialpolitischen Uebereinkommen der Konferenzen zu veranlassen, deren erstes und bedeutendstes das Washingtoner Achtstundentag-Abkommen aber nur von unbedeutenden Ländern, zum Beispiel nicht von Deutschland und England ratifiziert wurde.

Thomas erklärte beim Empfang der Pressevertreter: „Ich glaube kaum, daß vor 1930 alle Ratifikationen des Abkommens von Washington erfolgt sind. Ich bedaure das auch nicht, denn ich bin der Ueberzeugung, der Achtstundentag ist im Marsch." Im Rückmarsch zum 10- und 12-Stundentag begriffen, müssen wir hinzusetzen.

Selbst Leipart, der Vorsitzende des ADGB, stellt nicht ohne Bedauern fest, daß insgesamt 26 sozialpolitische Uebereinkommen in allen Staaten nur zu 230 Ratifikationen geführt haben. Ein mageres Ergebnis! Wenn man zudem noch feststellen muß, daß Lohnfragen und Arbeitslosigkeit zum Beispiel nur statistisch behandelt werden, so ist wohl die Tätigkeit des IAA genügend gekennzeichnet. Die Berliner Tagung des Verwaltungsrates wird sich außer mit den Beschlüssen der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in der Hauptsache mit folgenden Punkten befassen:

Bericht des Direktors;
Festsetzung der Jahreskonferenz für 1928;
Mindestlohngesetzgebung;
Arbeitslosenversicherung, sozialpolitische Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz usw.

Die bürgerlichen Blätter und auch der Vorwärts begrüßen in spaltenlangen Artikeln die Berliner Tagung und können sich nicht genug tun in der Anerkennung der „segensreichen" Tätigkeit des IAA. Verdächtig erscheint es, wenn Thomas die guten Beziehungen zur deutschen Regierung besonders betont. Für den Vorwärts ist die Wahl Berlins als Tagungsort gleichbedeutend mit der Hoffnung auf aktive Mitarbeit der deutschen Regierung am IAA. Thomas glaubt als Erfolg eine Ratifikation einstecken zu können, und nur die Unternehmer sagen ganz offen: „Die Berliner Tagung des VR des IAA, die die erste wirklich internationale Veranstaltung eines Organs des Völkerbundes auf deutschem Boden nach dem Kriegsende darstellt, führt . . . ."

Darin liegt die befriedigende Feststellung des steigenden deutschen Einflusses im Völkerbunde und damit auch im IAA. Leiparts Auffassung unterscheidet sich nicht im geringsten davon. (Sie (die Gewerkschaften, Die Red.) begrüßen es daher auf das lebhafteste, daß der Verwaltungsrat sich entschlossen hat, wieder eine Sitzung außerhalb Genfs abzuhalten und daß er sich diesmal Berlin als Tagungsort wählte." (Vossische Zeitung vom 9. Okt. 1927). Im selben Artikel erklärt er weiter: „Daher sind die Gewerkschaften auch entschlossen, mit allen Kräften, aufbauend auf ihrer nationalen und internationalen Verbundenheit, die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes zu fördern, in seinen Organen tatkräftig mitzuwirken."

Der Vorwärts spricht von der klugen Tatkraft des Genossen Albert Thomas und der wachsamen und energischen Mitarbeit der Arbeitervertreter, wodurch „aus der Internationalen Arbeitskonferenz ein neues organisches Glied im sozialpolitischen Wiederaufbau" geworden sein soll. Kluge Tatkraft und Mitarbeit an der Sicherung des Wirtschaftsfriedens, an der Behinderung der Arbeitskämpfe unter der Maske sozialpolitischen Fortschrittes. Die reformistischen Gewerkschaftsführer Deutschlands spielen dabei die traurige Rolle des internationalen Vorbildes für arbeitsgemeinschaftliche Tendenzen und Institutionen. Es wäre verfehlt, wenn die Mitglieder der Gewerkschaften die Tagung nur beobachtend verfolgen würden. Das Internationale Arbeitsamt kann seine Tätigkeit nur ausüben, weil die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie „eifrig und energisch" mitarbeitet. Der Vorwärts wird während und nach der Tagung von neuen sozialpolitischen Fortschritten reden, überhaupt nur Erfolge sehen. Deshalb muß sich der Gewerkschafter die Frage stellen, wie verhindere ich die Fortsetzung dieser internationalen Arbeitsgemeinschaft, wie schaffe ich Aufklärung über dieses Institut des Wirtschaftsfriedens?

Die Abkommen haben bisher, selbst wenn sie ratifiziert wurden, an der allgemeinen sozialen Lage der Arbeiterschaft wenig oder gar nichts geändert. Sie sind tatsächlich die Wiederholung ähnlicher Abkommen vor dem Kriege, nur mit dem Unterschied, daß sie heute von der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie als segensreich usw. angepriesen werden, weil, — ja weil sie mit im Rate sitzen dürfen. Der Kampf gegen die nivellierende Wirkung des IAA stellt den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft auf eine breitere Grundlage. Die Kritik zur Beseitigung dieser Einrichtung muß mit der Kritik und Beseitigung des Schlichtungsschwindels und der übrigen arbeitsgemeinschaftlichen Methoden verbunden werden. Der Gewerkschafter hat eine reine Scheidung zu treffen zwischen der Wiederherstellung der Klassenkampfbasis und der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsbureaukratie. Die Tagung des Verwaltungsrates wird zu dieser Klärung beitragen.

Erwerbslose Männer u. Frauen!

Arbeiter aus allen Betrieben Dresdens!

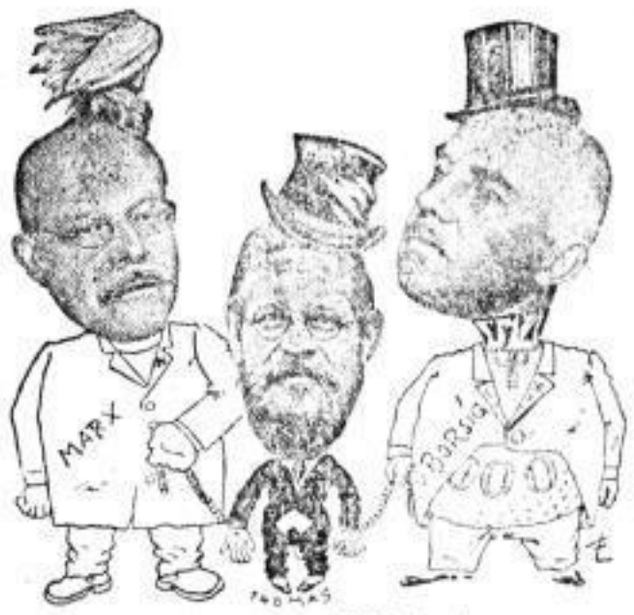
Sonnabend den 15. Oktober 14 Uhr spricht in der Reichskrone, Bischofsweg,

Reichstagsabgeordneter **Siegfried Rädel** über das Thema:

Was haben die Arbeiter von der neuen Arbeitslosenversicherung zu erwarten?

Erwerbslose und Arbeiter Dresdens! Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

Erwerbslosenausschuß Groß-Dresden.



Die „Retter" des Achtstundentages

Das Internationale Arbeitsamt hat in Berlin seine 57. Tagung begonnen. Thomas fühlt sich in jeder Hinsicht mit dem Bürgerblock und seinen Gebietern „verbunden".

Vossische Zeitung vom 9. Oktober: „Ich komme regelmäßig nach Berlin zum Sturze des Kabinetts. Ich hoffe aber, daß diesmal das Reichskabinett und auch das preußische Ministerium in diesen Aemtern bleiben. Heute bin ich zu meinen Kontrolleuren gekommen."

Einladung deutscher Konsumvereine durch den Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften

Nach einer Meldung im Kooperativ-Shisn vom 16. September hat der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften eine größere Zahl lokaler Konsumvereine der europäischen Länder eingeladen, zur Feier des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion Delegierte zu entsenden, um die Entwicklung und das Wirken der Genossenschaften unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu studieren. Von deutschen Genossenschaften wurden eingeladen:

Die Konsumgenossenschaften Berlin, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Köln, Dresden, Stuttgart, Essen, Erfurt, Gotha, Halle, Remscheid, Suhl, Schwarzenberg, Barmen.

Außerdem erging eine Einladung an den Reichsverband deutscher Konsumvereine (christlich).

Nachdem der Zentralverband deutscher Konsumvereine die im Frühjahr an ihm ergangene Einladung des Genossenschaftsverbandes der Sowjetunion zur Entsendung einer Delegation abgelehnt hat, ist zu erwarten, daß der Vorstand des ZdK versuchen wird, die Konsumvereine zu veranlassen, die Einladung abzulehnen. Die Genossenschaftsmitglieder der obigen Konsumvereine müssen deshalb mit allem Nachdruck von der Verwaltung ihres Vereins die Annahme der Einladung fordern. Der Vorstand des Zentralverbandes hat natürlich bei seiner Einstellung gegenüber Sowjetrußlands und seinen Genossenschaften alle Veranlassung, die Entsendung von deutschen Genossenschaftern zum Studium der Sowjetgenossenschaften zu verhindern. Trotz der andauernden Hetze der reformistischen Genossenschaftsführer gegen die Sowjetgenossenschaften ist die Sympathie für Sowjetrußland bei den Mitgliedern der deutschen Konsumvereine und ihr Interesse für die Entwicklung der Sowjetgenossenschaften gewachsen. Wenn eine Delegation deutscher Genossenschafter sich persönlich von dem Wachsen und der Tätigkeit der Sowjetgenossenschaften überzeugt, dann werden endgültig alle Verleumdungen wirkungslos sein. Die Mitglieder der Konsumvereine, an die eine Einladung ergangen ist, müssen die **Einberufung einer Mitglieder- oder Generalversammlung fordern**, in welcher zu der Einladung Stellung genommen und den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, über die Annahme dieser zu entscheiden.

Englisch-spanischer Bündnisvertrag

Der Madrider Korrespondent der Times macht Ausführungen des spanischen Diktators Primo de Rivera über die Zusammenkunft mit Chamberlain. Danach wurde die Grundlage des englisch-spanischen Bündnisvertrages besprochen, die demnächst bei dem Berliner Besuch Primo de Riveras weiter verfolgt werden soll. Chamberlain bot Spanien ein Kompromiß in der Marokkofrage an, das einen Verzicht Spaniens auf Marokko und anderweitige Entscheidungen in sich schließen würde.

Gewerkschaftliches

Ortsausschuß des ADGB Neugersdorf

Donnerstag den 13. Oktober 20 Uhr im Restaurant zum Nußbaum Sitzung. Pünktliches Erscheinen der Delegierten ist Pflicht.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag" Druckereifiliale Dresden

ROMAN VON FJODOR GLADKOW

ZEMENT

Aus dem Russischen übertragen von Olga Halpern

Copyright 1927 by Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien, Berlin

(83. Fortsetzung.)

Die Landungsbrücken sind schon weit. Die Berge flimmern in ihren Windungen wie Kupfer im lila Nebel, schaukeln sich wiegend, schwimmen ins Meer. Das Boot spielt auf den Wogen und der Dampfer hebt sich und fällt, deckt den halben Himmel zu und türmt sich wie ein Wolkenkratzer. Und Tschibis und Schidkij und Polja scheinen alle klein und winzig, wie in einem konkaven Spiegel. Und er, Gljeb, ist auch ganz klein — nur sein Herz ist groß, größer als er selber.

Sergeij konnte seine feuchten Augen nicht vom Dampfer wenden und biß seinen kleinen Finger.

Im Innern des Schiffes ächzte und dröhnte das Eisen, erschütterte durch sein Getöse die Luft wie ein Donner.

Zum Fallreep! Stopp!

Oben am Schiffsbord ist eine Girlande aschfahler Gesichter, mit dunstigen, starren Augen sehen sie hinunter, bewegen Tausende von Händen und brüllen mit stürmischem Heulen wie in einem Wahnsinnsanfall. Ganz oben, hinter den Knäueln von Tauen und Winden, wirbelt ein grauer Rauch. Und unten, auf den öligen Wellen, plätschert, knattert wie ein Maschinengewehr das kleine Boot mit der roten Fahne am Steuer — ein drohendes Staubchen der feurigen RSFSR.

Ein betreßter Engländer — wahrscheinlich der Kapitän — stand wie ein Götzenbild am Fallreep, stützte sich auf die Reeling und sah leidenschaftslos auf das unten auf den Wellen heranfliegende Boot.

Das ferne Ufer schillerte und blühte wie ein Mohnfeld. Und im Innern des Schiffes dröhnte das Eisen und erschütterte die Luft wie ein Donner.

2. Zahnlose Wölfe

Und es geschah: Bolschewiken stampften mit ihren schweren Juchtenstiefeln herauf. Ist es denn nicht einerlei — ob es das Parteikomitee oder das Deck eines englischen Schiffes ist? Diese Menschen ähneln nicht jenen, deren Schuhe die Farbe des Decks mehr als einmal abgewetzt haben. Die — sind vergessen, aber diese hier kann man niemals vergessen. Niemals kann man diese unheimlichen Menschen aus diesem unheimlichen Lande vergessen.

Die grauen Menschen waren in eine stinkende, schwitzende Masse zusammengedrängt. Auferstandene Tote wie Schimmel blühender Typhus. Graue, geschwollene Gesichter, Wahnsinn in den Augen. Zerlumptes Barackenvolk. Man kann nicht unterscheiden, wo die Offiziere sind, wo — das graue Vieh, die Soldaten. Dem Ungewissen ausgeliefert, standen sie in dichten Massen.

Schidkij sprach mit dem betreßten Engländer und sah selber einem Engländer ähnlich.

Tschibis stand im gelben Leder wie aus Erz gegossen und sprach gleichgültig und deutlich:

— Offiziere vortreten! Die anderen zurück!

Die Massen stampften herum — säuberten das Deck. Und der Platz erschien wie eine Richtstätte.

Durch die Menge drängten sich abgerissene, zerlumpte Gestalten, in ihren Gesichtern noch vergangene Verweichlichung und Gepflegtheit, aufgedunsen vom Hunger und Schmutz. Man versteht nicht — sind es Besessene oder von Verzweiflung und Freude Trunkene. Oder — Wahnsinnige in ihrer Demut vor dem Leben.

Polja lachte höhnisch. Tschibis sprach, und sie sagte zu Gljeb:

— Schau, Gljeb, sie sehen aus wie Erhängte. Sie haben den Damen die Händchen geküßt ... sie sind wie Aaskäfer ...

Die Stimme Tschibis' war gleichmäßig und düster — wie der Staub auf seinem Gesicht.

— Ihr seid unsere Feinde. Ihr haßt uns. Ihr habt uns zu Tausenden vertilgt, uns — Arbeiter und Bauern. Ihr seid hergekommen und hofft, daß ihr hier nicht den Tod, sondern das Leben finden werdet. Wozu seid ihr nach Sowjetrußland gekommen?

Ein Alter mit silbergrauen Borsten im Gesicht trat vor. Vielleicht war er nicht alt, vielleicht hatte nur Schimmel sein Gesicht bedeckt und es alt gemacht.

— Wir fürchten keine Antwort — o nein. Wir sind nur — qualvoll ermüdete Menschen. Ein geschlagener Feind — ist kein Feind. Haben wir denn weniger durchgemacht als ihr? Außer der Heimat — besitzen wir nichts. Und wir sind nichts — außerhalb der Heimat. Wir sind verdammt, und in unserer Verdammnis — ist unsere Sühne. Mag unsere Heimat nur Qual und Tod von uns fordern. Wir sind bereit — ergeben uns in alles. Ihr werdet uns nicht diese Freude rauben. —

Und als er sprach, sah er nicht Tschibis an, sondern hob seinen Kopf feierlich gegen die Sonne.

Tschibis schwieg und sah ihn scharf durch das Netz seiner Wimpern an.

Man schwieg. Schweigen war auch in dem allgemeinen Aufseufzen. Und man erwartete: es wird ein Augenblick vergehen — das spinnwebene Häutchen wird platzen und alles wird in einem Geheul, in Krämpfen explodieren.

Ein kleiner, knabenhaft junger Offizier schrie auf und wand sich in Kolpustonen.

— Ich bin betrogen worden — ich war blind. Ich bin ein Mörder! Laßt mich das Leben sühnen. Wenn auch sterben, aber sühnen.

Und nur ein Seufzer versteckter Unruhe erschütterte die Menge. Tschibis wehrte die Schreie des kleinen Offiziers nachlässig mit der Hand ab.

— Sehr gut, aber wie werden Sie uns das alles beweisen können? Wie werden Sie beweisen können, daß Sie die Wahrheit sagen? —

Der Offizier lief zu Tschibis und riß den Hemdkragen auf.

— Erschießen Sie mich sofort — erschießen Sie mich! —

Tschibis wehrte wieder kalt ab.

— Gehen Sie auf Ihren Platz! Sie können zurückfahren, ohne an Land zu gehen. Sind Sie davon überzeugt, daß wir Sie nicht erschießen werden?

Der Offizier warf die Arme in die Höhe. Die Hemdärmel rutschten ihm bis zu den Schultern und die Fäuste waren rot, wie fremd.

— Sie können mich nicht töten — können nicht — ich will leben — leben! —

Man faßte ihn unter die Arme und führte ihn zur Seite. Und dort schrie er aufgeregt immer dasselbe:

— Leben! — Leben! —

Polja verzog ihr Gesicht und lächelte spöttisch, und ihre Augen waren groß und rund vor Freude.

— Was für schwache Nerven doch diese Aaskäfer haben! Wozu, zum Teufel haben sie sich uns ergeben, Gljeb? — Sag du es ihnen Serjocha. Mich werden sie nicht verstehen. —

Sergeij preßte Tschibis' Schulter und seine Stimme überschlug sich von innerem Zittern.

— Genosse Tschibis haben Sie doch den Mut, andere Worte zu sprechen. Worte, die unser würdig sind. Menschen zu verhöhnen — ist das leichteste. Nehmen Sie die schwerere Rolle auf sich — mit Feinden wie mit Menschen zu sprechen. —

(Fortsetzung folgt)

Arbeitersport

Turnspiele

8. Bezirk. Turnspiele.

Raffball:

Birkigt 1—Tharandt 1 (3:2) 5:4. Beide zeigten flottes, gleichwertiges Spiel, doch B. ließ sich die Punkte nicht nehmen.

Döhlen 1—Deuben 1 (5:1) 9:4. Döhlen, mit Ersatz, kann trotzdem das Spiel überlegen gewinnen.

Gittersee 1—Niederhäslich 1 b (3:3) 5:5. Beide Mannschaften kämpften um die Punkte. Hä. war mehr im Vorteil doch unentschieden mußten sie den Platz verlassen.

Niederpesterwitz 1—Radenau 1 (3:1) 6:2. Ra. mit 8 Mann technisch besser, Niederp. kann durch großen Eifer den Sieg davontragen.

Zaukerode 2—Weißig 2 9:2.

Sportlerinnen: Deuben 1—Röderau 1 0:0.

Jugend: Gittersee 1—Pesterwitz 1 7:2; Gittersee 2—Löbtau 2 4:1; Döhlen 1—Tharandt 1 3:7; Birkigt 1—Coßmannsdorf 1 6:2.

•

4. Turnbezirk. Am Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Oktober findet der Kursus für das Frauenturnen in Löbau, unter Leitung des Kreisfrauenturnwarts Tg. Heyne, Leipzig, statt. Der Kursus beginnt Sonnabend früh Punkt 8 Uhr in der Turnhalle der Pestalozischule (Bautzner Straße). Jeder Verein, der im Besitz einer Frauenabteilung ist, ist verpflichtet, daran teilzunehmen und entsendet den Turnwart und eine befähigte Genossin. Diäten werden, soweit möglich, vom Bezirk bezahlt. Des weiteren halten einige Genossinnen von der Bundesschule am Sonnabend den 15. Oktober, 20 Uhr, in der Tonhalle, Löbau, einen Werbeabend für das Frauenturnen ab. Wer denselben besuchen will und abends nicht mehr zurückfahren kann, meldet Quartier an bei Alfred Schunert, Löbau, Sa., Innere Zittauer Straße 24, 2. Diese Adresse hat auch für die Kursusteilnehmer Gültigkeit, die außerdem ihre Mitgliedsbücher bzw. -karten mitzubringen haben.

2. Bezirk, Bezirkslehrstätte Frauenturnen. Lehrstunden am 27. November für 1., 3. und 5. Gruppe, am 4. Dezember für 2., 4. und 6. Gruppe. Kein Verein versäume selbige; der Turnwart und zwei Genossinnen sollen anwesend sein. — 18. November, 19,30 Uhr, Versammlung im Volkshaus, mit Vortrag. Thema: Die Frau und der Sozialismus. —

Freie Tennis-Vereinigung Dresden. Freitag den 14. Oktober, 19,30 Uhr, Monatsversammlung mit Vortrag: Muß der Arbeiter Tennis spielen? Referent ist unser Mitglied Landtagsabgeordneter Gen. Geiser. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an Fr. Seipelt, Dresden 1, Annenstraße 39, 3.

Der Stabhochsprung

kzd. Mit vollstem Recht bezeichnet man den Stabhochsprung als die schönste aller leichtathletischen Uebungen. Sie erfreut sich bei den Zuschauermassen sportlicher Veranstaltungen immer besonderer Beliebtheit. Gewandtheit, Mut und eine vielseitig ausgebildete Muskulatur bilden eine unerläßliche Voraussetzung für den Stabhochspringer. Wenn für ihn im allgemeinen auch grundlegende Regeln der Technik vorliegen, so haben doch die bedeutenden Springer hierbei ihre persönlichen Eigenheiten. Gesprungen wird meist mit elastischen Bambusrohren, die in den oberen zwei Dritteln mit Isolierband umwickelt sind. Aber auch nahtlos verzinkte Stahlrohre oder solche aus astfreiem Kiefernholz finden noch Verwendung. Die Länge des Stabes ist nicht vorgeschrieben, doch sollte sie mindestens einen halben Meter länger sein als die zu erreichende Höhe.

In der Beherrschung des richtigen Anlaufes im Verein mit angeborener oder erworbener Schnellkraft liegt ein gut Teil des Erfolges begründet. Durch Beugen im Hüftgelenk schwingt man den Körper nach oben. Dann folgt ein Klimmzug mit energischer Drehung und unterstützender Scherenarbeit der Beine. Ein letzter kraftvoller Abdruck von der Stange bringt dann den meist noch unterhalb der Latte liegenden Oberkörper über diese. Mit dieser kurzen Erläuterung ist natürlich die gesamte Technik des Stabsprunges noch nicht erschöpft. Der ganze Vorgang des Springens wird noch von einer Reihe Phasen ergänzt, die bei den einzelnen Springern ganz verschiedenartig Anwendung finden.

Mit dem Stab sind schon ganz respektable Höhen erreicht worden. Der Norweger Charles Hoff — der übrigens zum Professional erklärt wurde — sprang 4,25 Meter. Ein Amerikaner „drückte" diesen Rekord noch um 1 Zentimeter. Im Arbeiter-Turn- und Sportbund steht die Höchstleistung 3,71 Zentimeter. Infolge seiner Schwierigkeit und der vorauszusetzenden Körper- und Charakteranlagung hat der Stabhochsprung bis jetzt nur eine im Verhältnis zu anderen Sportdisziplinen bescheidene Schar Anhänger anzuziehen vermocht. G. R.

Kartell für Kultur- Sport- und Körperpflege Zschachwitz. Außerordentliche Vollsitzung! Neben den Kartelldelegierten werden die Vorstände der Vereine die der JK angeschlossen sind, für den 14. Oktober, 19.30 Uhr, in das Sportheim hiermit eingeladen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Groß-Dresden. Sonnabend den 15. Oktober feiert Abteilung Löbtau im Gasthof Wolfnitz ihr Ballsportfest mit Reigenfahren, Bühnenrennen und Radballspielen. Beginn 19 Uhr. — **Ausfahrten:** Sonntag den 16. Oktober. **Altstadt:** Mosttour nach Meißen. Abfahrt 13 Uhr Schützenplatz. — **Cotta:** Nachmittagstour Lochmühle, Liebetaler Grund. Abfahrt 13 Uhr. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Kinder, die an den Weihnachtsaufführungen teilnehmen wollen, sofort bei Gen. Rüppel oder Hübner, Flügelweg 2, 2, anzumelden. — **Kaditz:** Nachmittagstour Dittersbacher Höhe. Abfahrt 13 Uhr. — **Kemnitz-Stetzsch:** Nachmittagstour Kaisermühle. Abf. 13 Uhr. — **Löbtau:** Nachmittagstour Dicke Henne. Abfahrt 13 Uhr Bürgergarten. Jugendausfahrt ins Unbekannte. Abfahrt 13 Uhr Bürgergarten. — **Neustadt:** 12. Oktober Generalversammlung, Königswald, Fichtenstraße 15. 15. Oktober Wanderabend nach der Schweizerei, Loschwitz, Fußtour. Abmarsch 19 Uhr Abteilungslokal. — **Striesen:** 11. Oktober Generalversammlung zum Landsknecht, Wartburg-, Ecke Löscherstraße. 16. Oktober Nachmittagstour Herzogswalde. Abf. 13 Uhr. — **Süd:** Ausfahrt nach der Forellenschänke. Abfahrt 13 Uhr Albertplatz. — **Motorfahrer:** 12. Oktober Generalversammlung, Frischauf-Schänke. — **Jugendabteilung:** Bezirks-Jugendversammlung, Volkshaus, Zimmer 6/7. Neuwahl des Jugendbeirates. — Sonntag den 23. Oktober, 10 Uhr, in Coswig: Kursus für Vorsitzende und Kassierer aller selbständigen Abteilungen. Mitgliedsbuch und Parteiausweis sind mitzubringen. — Die Rennfahrer-Abteilung veranstaltete am 8. Oktober in den Annensälen ihr 3. Stiftungsfest. Nach einer treffenden, das Rennfahren im Bunde erläuternden Ansprache des Bezirksleiters Gen. Schelle begann das Bühnenrennen mit einem Eröffnungsfahren über 2000 Meter. Erster wurde Gerster in 2 Min. 27 Sek., zweiter Förster 2 Min. 51 Sek. Im folgenden Mannschaftsfahren über 3000 Meter bildeten die Genossen Grulich und Reinhold, Chemnitz-Schönau, Gen. Gottschalk und Richter je eine Mannschaft. In 2 Min. 33 Sek siegte die Dresdener Mannschaft mit knapp 50 Meter Vorsprung vor der Chemnitzer. Das Vorgabefahren über 4000 Meter beendete als erster Müller, Chemnitz in 3 Min. 3 Sek. mit 150 Meter Vorgabe, zweiter Fastnacht mit 3 Min. 27 Sek. mit 100 Meter Vorgabe, der Malfahrer Radner dritter in 3 Min. 34 Sek., konnte nur bis 200 Meter aufholen, die beiden ersten hielten ihre Vorgabe durch bis Ende. Das Rennen „Preis der Matadoren" über 5000 Meter beendete als erster Müller, Chemnitz, in 4 Min. 10 Sek., zweiter Fastnacht, Dresden, in 4 Min. 23 Sek., dritter Wanuit, Dresden, 4 Min. 32 Sek. Ueber 10 000 Meter als Städtekampf Chemnitz—Dresden schied kurz nach Beginn ein Chemnitzer Genosse wegen Raddefekt aus. Nach 4000 Meter wegen Treibriemendefekt abgebrochen, wurde dasselbe neu begonnen. 5000-Meter-Ausfahren: Erster Becker Dresden, 4 Min. 12 Sek., zweiter Helaß, Dresden, 4 Min. 25 Sek. Gen. Fröhlich, Chemnitz, endete 200 Meter, Gen. Reinhold, Chemnitz, 650 Meter nach dem zweiten. Sämtliche Rennen wurden in scharfem Tempo gefahren und durch Zwischenfälle wenig beeinträchtigt.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Die Tischler- und Beschlagarbeiten für die Fenster des Stadthausneubaues sollen vergeben werden.

Kostenanschläge können im Stadtbauamt, Rathaus Zimmer Nr. 10, entnommen und bis **Mittwoch, den 19. Oktober 1927, 12 Uhr,** mit der Aufschrift „Stadthausneubau" wieder abgegeben werden.

Die Oeffnung der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Beisein etwaiger Bewerber.

Die Ausschreibung erfolgt nach den Bestimmungen über die Vergebung von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Rat der Stadt Freital, am 8. Oktober 1927.

Erstes Lichtspielhaus Cotta
Hebbelstraße 10, im Turnerheim

Täglich bis Sonntag, 16. Okt.:
Maciste in seinem neuesten Sensations-Abenteuer
Macistes Hochzeit
Sonntag 14,30 Uhr: Kindervorstellung

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E.V.
Ortsgruppe Meißen
Freitag, den 14. Oktober 1927, 20 Uhr, im Saal der Geipelburg
Aufführung des Filmwerkes
Die Hexe
Größter Kulturfilm des Mittelalters (7 Akte) vorgeführt in allen größeren Städten Deutschlands
Der Inhalt dieses kulturhistorischen Filmwerkes zeigt die grauenvollen Erscheinungen des Teufelsglaubens und des Hexenwahnsinns des Mittelalters Hexenprozesse, und als Folgeerscheinung: Folterungen und Verbrennung vieler unschuldiger Menschen.
Jugendlichen ist der Zutritt nicht gestattet!
Eintritt 50 Pfennig inkl. Steuer. I. A.: Der Vorstand.

Kluge Eheleute! Alle sanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparat.
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Speisezimmer
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen
sowie alle
Einzelmöbel
solide Ausführung, billigste Berechnung
Möbel-Kluge
Pirna, Lange Straße 17

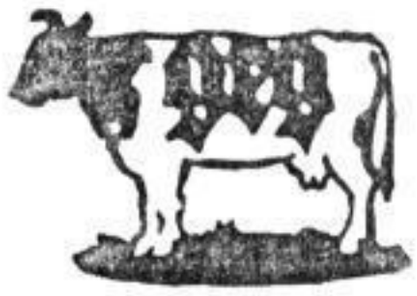
PEUVAG
Feuerversicherungs- und Versicherungs-A.G.
Sächsische Filiale
DRESDEN-A.
Güterbahnhofstraße 2
Herstellung
ländlicher
Vereins-
Geschäfts-
Propaganda
Drucksachen
in modernster
u. sauberster
Ausführung

Wo ist das beliebteste Bier- und Speiselokal?
Immer im
Viktoriakeller
Waisenhausstr. 26
Tägl. Künstlerkonzerte
Mittagsgedecke von 90 Pf. an

GRÜNE WIESE
Die beliebten
Balltage
Donnerstags: Herren 80, Damen 60 ₰
Sonntags:
Tanzmarken — Tanzbändchen

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Volkshaus Dresden-Ost
Schandauer Str. 73 / Telefon 31725
empfiehlt seine guten Speisen und Getränke



Feinste dänische
Molkereibutter
Dreiflaggen-Marke GEG.
Original-Auswiegung . . Pfund **2.40** RM.

Feinste dänische
Molkereibutter
Dreiflaggen-Marke GEG.
in Halbpfundstücken . . . . Stück **1.15** RM.

Konsumverein
Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder.